



28. August 2018

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("WPPG")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 24. JULI 2018

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP A WERTPAPIERE**")

(ERSTER NACHTRAG)

BASISPROSPEKT PROSPER A VOM 26. OKTOBER 2017 IN DER DURCH DIE VORHERGEHENDEN
NACHTRÄGE VOM 20. NOVEMBER 2017, 25. APRIL 2018, 14. MAI 2018 UND 6. JUNI 2018
GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**BASISPROSPEKT PROSPER A**")

FÜR

WERTPAPIERE, DIE AN EIN FIKTIVES PORTFOLIO GEKOPPELT SIND

(DIE "**PROSPER A WERTPAPIERE**")

(FÜNFTER NACHTRAG)

(DIE RSSP A WERTPAPIERE UND DIE PROSPER A WERTPAPIERE, DIE "**WERTPAPIERE**")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank PLC die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, und auf der Internetseite der Emittentin <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses> bereitgehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

Basisprospekt	Abschnitt im Basisprospekt	Nachtragspunkt	Seiten
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	ZUSAMMENFASSUNG / SUMMARY	I., II, III, IV	5-9
RSSP Basisprospekt A	ZUSAMMENFASSUNG / SUMMARY	V	10
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN	VI	10-11
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	VII	11
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN	VIII	11-32
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	WERTPAPIERBEDINGUNGEN / TERMS AND CONDITIONS OF THE SECURITIES	IX:	32
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN	X:	32-33

Die nachtragsbegründenden Umstände für die Aktualisierung der Basisprospekte sind:

- Die Bekanntmachung der ungeprüften Ergebnisse der Barclays Bank PLC (die "**Emittentin**") für die am 30. Juni 2018 endenden sechs Monate, wie am 2. August 2018 (der Zeitpunkt des nachtragsrelevanten Umstands) bei der US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") mittels Form 6-K eingereicht. In diesem Zusammenhang ist auch die Einbeziehung von Pro-Forma Finanzinformationen hinfällig, so dass diese aus den Basisprospekten entfernt werden.
- Die Umsetzung des "Ring-Fencing" Übertragungsverfahrens. Am 9. März 2018 hat die Barclays PLC von der Prudential Regulation Authority und dem High Court of Justice of England and Wales die Zustimmung erhalten, das "Ring-Fencing" des täglichen Bankgeschäfts der Barclays PLC durch ein Rechtsverfahren unter dem Part VII des Financial Services and Markets Act 2000, das als "Ring-Fencing Transfer Scheme" (das "**Scheme**") bekannt ist, umzusetzen. Die Barclays PLC hat das Scheme am 1. April 2018 umgesetzt. Die Emittentin hat sich entschlossen, die Beschreibung der Emittentin in den Basisprospekten im Rahmen dieses Nachtrags anzupassen.

Anlässlich der vorgenannten nachtragsbegründeten Umstände hat sich die Emittentin zudem zur Aktualisierung der Basisprospekte entschlossen. In diesem Zusammenhang wurden in diesem Nachtrag Angaben und Ungenauigkeiten in der deutschen und englischen Zusammenfassung unter Ziffer IV und V berichtigt sowie in den Wertpapierbedingungen die Definition des "Geschäftstages" unter Ziffer IX und im Muster Endgültige Bedingungen die deutsche Definition der "Maßgeblichen Benchmark" unter Ziffer X angepasst.

Die folgenden Abschnitte der Basisprospekte sind von den Änderungen betroffen:

- I.** In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**Zusammenfassung**" und in dem Abschnitt "**Summary**" jeweils das Element B. 8 "**Ausgewählte Pro-forma Finanzinformationen**" bzw. "**Selected key pro forma financial information**" gänzlich gestrichen, so dass das Element B. 8 nicht mehr Teil der "**Zusammenfassung**" bzw. "**Summary**" ist.
- II.** In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "Zusammenfassung" jeweils die Elemente B. 12 "**Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen**" und B. 13 "**Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind**" wie folgt ersetzt:

B. 12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 endenden Jahre.	
		Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2017 bzw. zum 31. Dezember 2016 endende Jahr entnommen:	
		Zum 31.12.2017 GBP Mio.	Zum 31.12.2016 GBP Mio.
		Gesamte Aktiva	1.129.343
		Kredite und Forderungen an Banken	43.634
		Kredite und Forderungen an Kunden	392.783
		Einlagen von Banken	48.214
		Kundenforderungen	424.703
		Gesamtes Eigenkapital	70.955
		Minderheitsbeteiligungen	3.522
		Für das am 31.12.2017 endende Jahr GBP Mio.	Für das am 31.12.2016 endende Jahr GBP Mio.
		Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	4.383
		Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(2.373)

		Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 30. Juni 2018 und 30. Juni 2017 endenden Halbjahre		
		Die folgenden Finanzinformationen sind den ungeprüften Halbjahreszahlen der Emittentin für das zum 30. Juni 2018 bzw. zum 30. Juni 2017 endende Halbjahr entnommen:		
			Zum 30.06.2018 GBP Mio. (ungeprüft)	Zum 30.06.2017 GBP Mio. (ungeprüft)
		Gesamte Aktiva	903.345	1.136.867
		Nettogesamtbetrag der Forderungen ¹	226.369	427.980
		Gesamtbetrag der Einlagen ²	279.438	488.162
		Gesamtes Eigenkapital	48.192	66.167
		Minderheitsbeteiligungen	2	84
			01.01.2018 - 30.06.2018 GBP Mio. (ungeprüft)	01.01.2017 - 30.06.2017 GBP Mio. (ungeprüft)
		Gewinn vor Steuern	725	1.731
		Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(156)	(656)
	Wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin	Entfällt. Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2017, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses, nicht wesentlich verschlechtert.		
	Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe	Entfällt. Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe seit dem 30. Juni 2018.		

¹ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Nettogesamtbetrag der Forderungen wird aus der Summe der beiden ungeprüften Bilanzzahlen "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" errechnet, die in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2018 veröffentlicht wurden. Aufgrund einer freiwilligen Ausweisänderung im Zuge der Anwendung von IFRS 9 wurden "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" aufgegliedert und werden nun in den Positionen "Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten" und "Barsicherheiten und Abwicklungssalden" ausgewiesen.

² Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Gesamtbetrag der Einlagen wird aus der Summe der beiden ungeprüften Bilanzzahlen "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" errechnet, die in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2018 veröffentlicht wurden. Aufgrund einer freiwilligen Ausweisänderung im Zuge der Anwendung von IFRS 9 wurden "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" aufgegliedert und werden nun in den Positionen "Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten" und "Barsicherheiten und Abwicklungssalden" ausgewiesen.

B. 13	Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind	Entfällt. Es liegen keine relevanten Ereignisse vor.
--------------	---	--

III. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**Summary**" jeweils die Elemente B. 12 "**Selected historical key financial information**" und B. 13 "**Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency**" wie folgt ersetzt:

B.12	Selected historical key financial information;	<p>Selected financial information of the Issuer for the years ended 31 December 2017 and 31 December 2016</p> <p>The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2017 and 31 December 2016, respectively:</p> <table border="1" data-bbox="660 864 1350 1879"> <thead> <tr> <th data-bbox="660 864 970 1010"></th> <th data-bbox="970 864 1142 1010">As at 31.12.2017 GBP Mio.</th> <th data-bbox="1142 864 1350 1010">As at 31.12.2016 GBP Mio.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="660 1010 970 1066">Total Assets</td> <td data-bbox="970 1010 1142 1066">1,129,343</td> <td data-bbox="1142 1010 1350 1066">1,213,955</td> </tr> <tr> <td data-bbox="660 1066 970 1155">Loans and advances to banks</td> <td data-bbox="970 1066 1142 1155">36,209</td> <td data-bbox="1142 1066 1350 1155">43,634</td> </tr> <tr> <td data-bbox="660 1155 970 1245">Loans and advances to customers</td> <td data-bbox="970 1155 1142 1245">365,553</td> <td data-bbox="1142 1155 1350 1245">392,783</td> </tr> <tr> <td data-bbox="660 1245 970 1301">Deposits from banks</td> <td data-bbox="970 1245 1142 1301">37,906</td> <td data-bbox="1142 1245 1350 1301">48,214</td> </tr> <tr> <td data-bbox="660 1301 970 1357">Customer accounts</td> <td data-bbox="970 1301 1142 1357">429,426</td> <td data-bbox="1142 1301 1350 1357">424,703</td> </tr> <tr> <td data-bbox="660 1357 970 1413">Total equity</td> <td data-bbox="970 1357 1142 1413">65,734</td> <td data-bbox="1142 1357 1350 1413">70,955</td> </tr> <tr> <td data-bbox="660 1413 970 1469">Non-controlling interests</td> <td data-bbox="970 1413 1142 1469">1</td> <td data-bbox="1142 1413 1350 1469">3,522</td> </tr> <tr> <td data-bbox="660 1469 970 1648"></td> <td data-bbox="970 1469 1142 1648">Year ended 31.12.2017 GBP Mio.</td> <td data-bbox="1142 1469 1350 1648">Year ended 31.12.2016 GBP Mio.</td> </tr> <tr> <td data-bbox="660 1648 970 1738">Profit before tax from continuing operations</td> <td data-bbox="970 1648 1142 1738">3,166</td> <td data-bbox="1142 1648 1350 1738">4,383</td> </tr> <tr> <td data-bbox="660 1738 970 1879">Credit impairment charges and other provisions</td> <td data-bbox="970 1738 1142 1879">(2,336)</td> <td data-bbox="1142 1738 1350 1879">(2,373)</td> </tr> </tbody> </table>		As at 31.12.2017 GBP Mio.	As at 31.12.2016 GBP Mio.	Total Assets	1,129,343	1,213,955	Loans and advances to banks	36,209	43,634	Loans and advances to customers	365,553	392,783	Deposits from banks	37,906	48,214	Customer accounts	429,426	424,703	Total equity	65,734	70,955	Non-controlling interests	1	3,522		Year ended 31.12.2017 GBP Mio.	Year ended 31.12.2016 GBP Mio.	Profit before tax from continuing operations	3,166	4,383	Credit impairment charges and other provisions	(2,336)	(2,373)
	As at 31.12.2017 GBP Mio.	As at 31.12.2016 GBP Mio.																																	
Total Assets	1,129,343	1,213,955																																	
Loans and advances to banks	36,209	43,634																																	
Loans and advances to customers	365,553	392,783																																	
Deposits from banks	37,906	48,214																																	
Customer accounts	429,426	424,703																																	
Total equity	65,734	70,955																																	
Non-controlling interests	1	3,522																																	
	Year ended 31.12.2017 GBP Mio.	Year ended 31.12.2016 GBP Mio.																																	
Profit before tax from continuing operations	3,166	4,383																																	
Credit impairment charges and other provisions	(2,336)	(2,373)																																	

		<p>Selected financial information of the Issuer for the half years ended 30 June 2018 and 30 June 2017</p> <p>The following financial information is extracted from the unaudited interim financial statements of the Issuer for the half years ended 30 June 2018 and 30 June 2017, respectively:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>As at 30.06.2018</th> <th>As at 30.06.2017</th> </tr> <tr> <th></th> <th>GBP Mio. (unaudited)</th> <th>GBP Mio. (unaudited)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Total Assets</td> <td>903,345</td> <td>1,136,867</td> </tr> <tr> <td>Total net loans and advances³</td> <td>226,369</td> <td>427,980</td> </tr> <tr> <td>Total deposits⁴</td> <td>279,438</td> <td>488,162</td> </tr> <tr> <td>Total equity</td> <td>48,192</td> <td>66,167</td> </tr> <tr> <td>Non-controlling interests</td> <td>2</td> <td>84</td> </tr> <tr> <td></td> <td>01.01.2018 - 30.06.2018</td> <td>01.01.2017 - 30.06.2017</td> </tr> <tr> <td></td> <td>GBP Mio. (unaudited)</td> <td>GBP Mio. (unaudited)</td> </tr> <tr> <td>Profit before tax</td> <td>725</td> <td>1,731</td> </tr> <tr> <td>Credit impairment charges and other provisions</td> <td>(156)</td> <td>(656)</td> </tr> </tbody> </table>		As at 30.06.2018	As at 30.06.2017		GBP Mio. (unaudited)	GBP Mio. (unaudited)	Total Assets	903,345	1,136,867	Total net loans and advances ³	226,369	427,980	Total deposits ⁴	279,438	488,162	Total equity	48,192	66,167	Non-controlling interests	2	84		01.01.2018 - 30.06.2018	01.01.2017 - 30.06.2017		GBP Mio. (unaudited)	GBP Mio. (unaudited)	Profit before tax	725	1,731	Credit impairment charges and other provisions	(156)	(656)
	As at 30.06.2018	As at 30.06.2017																																	
	GBP Mio. (unaudited)	GBP Mio. (unaudited)																																	
Total Assets	903,345	1,136,867																																	
Total net loans and advances ³	226,369	427,980																																	
Total deposits ⁴	279,438	488,162																																	
Total equity	48,192	66,167																																	
Non-controlling interests	2	84																																	
	01.01.2018 - 30.06.2018	01.01.2017 - 30.06.2017																																	
	GBP Mio. (unaudited)	GBP Mio. (unaudited)																																	
Profit before tax	725	1,731																																	
Credit impairment charges and other provisions	(156)	(656)																																	
	Material adverse change in the prospects of the Issuer;	Not applicable. There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2017, the date of its last published audited financial statements.																																	
	Significant change in the financial or trading position of the Group	Not applicable. There has been no significant change in the financial or trading position of the Group since 30 June 2018.																																	

³ These figures are unaudited: The total net loans and advances equal the sum of the following unaudited balance sheet figures "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers", which are published in the 2018 Interim Results Announcement. As a result of a voluntary change in presentation following the adoption of IFRS 9, "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers" have been disaggregated and are now reported in "loans and advances at amortised cost" and "cash collateral and settlement balances".

⁴ These figures are unaudited: The total deposits equal the sum of the following unaudited balance sheet figures "deposits from banks" and "customer accounts", which are published in the 2018 Interim Results Announcement. As a result of a voluntary change in presentation following the adoption of IFRS 9, "deposits from banks" and "customer accounts" have been disaggregated and are now reported in "deposits at amortised cost" and "cash collateral and settlement balances".

B. 13	Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency	Not applicable. There are no recent events materially relevant.
--------------	---	---

IV. In den Basisprospekten werden jeweils in dem Abschnitt "**Zusammenfassung**" in dem Element D. 2 der Abschnitt "**Bestimmte potenzielle Folgen einer Absonderung (Ring-fencing) von der Emittentin**" wie folgt ersetzt:

		<p>Bestimmte potenzielle Folgen einer Absonderung (Ring-fencing) von der Emittentin:</p> <p>In Zusammenhang mit der geplanten Umsetzung der Absonderung bestimmter Geschäfte der Gruppe in der ersten Hälfte von 2018 wird die Emittentin im Wesentlichen die Vermögenswerte und das Geschäft der Barclays UK-Sparte auf eine andere Tochtergesellschaft der Gruppe, die UK Ring-fenced Bank, übertragen. Das obere Management geht davon aus, dass die wesentlichen Risiken der Bankengruppe nach dieser Übertragung in allen wesentlichen Punkten den Risiken der Gruppe entsprechen. Das obere Management hat jedoch hinsichtlich der Risiken für die Bankengruppe verglichen mit den Risiken für die Gruppe bestimmte potenzielle Unterschiede festgestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Infolge der Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Barclays UK-Sparte von der Emittentin erhält die Bankengruppe eine geringere Diversifizierung als die Gruppe als Ganzes; • Die Emittentin wird nicht zur Muttergesellschaft der UK Ring-fenced Bank und hat daher keinen Zugriff auf die Vermögenswerte der UK Ring-fenced Bank; und • Im Verhältnis zur Gruppe wird sich die Bankengruppe unter anderem verstärkt auf ihre Geschäftstätigkeit außerhalb des Vereinigten Königreichs - insbesondere der Vereinigten Staaten - fokussieren; der Wirtschaft der Vereinigten Staaten ausgesetzt sein und verstärkt von Schwankungen des US-Dollars (und anderen Währungen außer Sterling) im Verhältnis zum Sterling betroffen sein, bei dem ein vergleichsweise größerer Teil des Geschäfts der US-Regulierung ausgesetzt ist; sich mehr auf das Großkundengeschäft, wie das Unternehmens- und Investmentbanking und die Kapitalmärkte, konzentrieren; abhängiger von Großhandelsfinanzierungsquellen sein; und möglicherweise verschiedenen regulatorischen Verpflichtungen unterliegen. <p>Eine Durchführung der Absonderung kann sich daher negativ auf den Marktwert und/oder die Liquidität von Wertpapieren auswirken.</p>
--	--	---

- V. In dem RSSP Basisprospekt A wird in dem Abschnitt "**Zusammenfassung**" und in dem Abschnitt "**Summary**" jeweils in dem Element D. 6 "**Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die den Wertpapieren eigen sind; Risikohinweis, dass der Anleger seinen Kapitaleinsatz ganz verlieren könnte**" bzw. "**Key information on the key risks that are specific to the Securities; and risk warning that investors may lose value of entire investment**" der Abschnitt "Austausch" bzw. "Substitution" wie folgt ersetzt:

		[Austausch: Wenn [eine Aktie] [ein [ADR] [GDR] [Anteil am ETF] [Genussschein] [Indize]] von bestimmten Störungsereignissen betroffen ist, kann die Emittentin [vorausgesetzt, dass in den Endgültigen Bedingungen ein vorbenannter Index festgelegt ist,] diese [Vermögenswerte] [Indizes] durch [[Aktien] [ADRs] [GDRs] [Anteile am ETF] [Genussscheine]][Indizes], die den ursprünglichen Vermögenswerten vergleichbar sind] [den vorbenannten Index] ersetzen. Die anschließende Wertentwicklung [dieser Vermögenswerte] [dieses vorbenannten Index] kann sich negativ auf den Wert der Wertpapiere auswirken und dazu führen, dass die Wertpapierinhaber weniger als den erwarteten Wert bei der Abwicklung erhalten werden.]
--	--	---

		[Substitution: Where any [share][ADR][GDR][unit in the ETF] [profit participation certificates (<i>Genussscheine</i>)] [index] is affected by certain disruption events, [provided a pre-nominated index is specified in the Final Terms,] the Issuer may substitute such [asset][index] with [a substitute [share][ADR][GDR][unit in the ETF] [profit participation certificates (<i>Genussscheine</i>)]][index] similar to the original asset] [the pre-nominated index]. The subsequent performance or perceived value of [this substitute asset][the pre-nominated index] may cause the value of the Securities to drop and/or may result in holders receiving less than expected on settlement.]
--	--	---

- VI. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN**" in der ersten Aufzählung der per Verweis einbezogenen Informationen die Einbeziehung der Pro-Forma Finanzinformationen aus dem Registrierungsformular gestrichen und die Halbjahresergebnisse der Emittentin aufgenommen, so dass die Aufzählung wie folgt lautet:

- sämtliche in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Seiten der Geschäftsberichte der Emittentin und der Barclays PLC, wie am 22. Februar 2018 bei der US Securities and Exchange Commission ("SEC") mittels Form 20-F (die "**Form 20-F**") eingereicht. Der gemeinsame Geschäftsbericht der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC findet sich auf den Seiten 186 bis 271 der Form 20-F (der "**Gemeinsame Geschäftsbericht 2017**") für die am 31. Dezember 2016 bzw. 31. Dezember 2017 endenden Geschäftsjahre. Der Geschäftsbericht der Emittentin mit ihren geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen finden sich auf den Seiten 386 bis 410 der Form 20-F für die am 31. Dezember 2016 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2016**") bzw. 31. Dezember 2017 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2017**") endenden Geschäftsjahre.
- die Bekanntmachung der ungeprüften Ergebnisse der Barclays PLC für das erste Quartal 2018, wie am 26. April 2018 bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) mittels Form 6-K für die am 31. März 2018 endenden drei Monate (die "**Q1 Ergebnisveröffentlichung 2018**") eingereicht.

- die Bekanntmachung der ungeprüften Halbjahresergebnisse der Emittentin, wie am 2. August 2018 bei der SEC mittels *Form 6-K* für die am 30. Juni 2018 zu Ende gegangenen sechs Monate eingereicht (die "**Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2018**").

VII. In den Basisprospekten werden im Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" die Unterabsätze "**Keine wesentliche Änderung**", "**Keine wesentliche nachteilige Änderung**" und "**Gerichtsverfahren**" wie folgt ersetzt:

Keine wesentliche Änderung

Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanz- oder Handelslage der Bankengruppe seit dem 30. Juni 2018.

Keine wesentlich nachteilige Änderung

Es gab keine wesentlich nachteiligen Änderungen in den Aussichten für die Emittentin oder die Bankengruppe seit dem 31. Dezember 2017.

Gerichtsverfahren

Mit Ausnahme der in "**Die Bank und die Gruppe – Rechtstreitigkeiten**" (ohne den Abschnitt "**Allgemeines**") angegebenen Verfahren, gibt es keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) an denen ein Mitglied der Bankengruppe beteiligt ist oder war, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Bank und/oder der Bankengruppe auswirken bzw. im Zeitraum der letzten 12 Monate vor dem Datum dieses Basisprospektes ausgewirkt haben.

VIII. In den Basisprospekten wird der Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" wie folgt ersetzt:

Die Bank und die Gruppe

An dieser Stelle werden die per Verweis einbezogenen Informationen über die Emittentin bzw. die Gruppe, die in dem Gemeinsamen Geschäftsbericht 2017, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2016, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2017, der Q1 Ergebnisveröffentlichung 2018 und der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2018 enthalten sind, einbezogen.

Die Bank (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Bankengruppe**") ist eine in England und Wales unter der Nummer 1026167 eingetragene Aktiengesellschaft (*public limited company*). Die Haftung der Gesellschafter der Bank ist beschränkt. Eingetragener Sitz und Hauptniederlassung der Bank ist 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich (Telefonnummer: +44 (0)20 7116 1000). Die Bank wurde am 7. August 1925 nach dem Colonial Bank Act von 1925 gegründet und am 4. Oktober 1971 als "*company limited by shares*" nach dem Companies Act von 1948 bis 1967 eingetragen. Gemäß dem Barclays Bank Act von 1984 erfolgte am 1. Januar 1985 eine Neueintragung der Bank als "*public limited company*" und ihre Umfirmierung von "Barclays Bank International Limited" in "Barclays Bank PLC". Alle ausgegebenen Stammaktien am Kapital der Bank befinden sich im wirtschaftlichen Eigentum der Barclays PLC. Die Barclays PLC (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Gruppe**") ist die Endholdinggesellschaft der Gruppe.

Bei der Gruppe handelt es sich um eine transatlantische Verbraucher- und Großkundenbank, die Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Privatkunden, Unternehmenskunden und Investmentbanking, Kreditkarten und Vermögensverwaltung anbietet mit einer starken Präsenz in den zwei Heimatmärkten, Vereinigtes Königreich und den USA. Die Gruppe konzentriert sich auf zwei Kern-Geschäftsbereiche: Barclays UK und Barclays International.

Sowohl Barclays UK als auch Barclays International waren historisch innerhalb des Rechtsträgers Barclays Bank PLC tätig. Am 1. April 2018 ist allerdings die Barclays UK formell auf einen neuen Rechtsträger übertragen worden, die UK Ring-fenced Bank, welche die "ring-fenced" Bank der Gruppe ist. Die UK Ring-fenced Bank bietet Privatkunden, Verbrauchern und kleinen bis mittleren Unternehmen mit Sitz im Vereinigten Königreich alltägliche Produkte und Dienstleistungen an. Die auf die größeren Firmen- und Großkunden und internationalen Bankenkunden der Gruppe abzielenden Produkte und Dienstleistungen werden auch weiterhin von Barclays International innerhalb der Bank angeboten. Die UK Ring-fenced Bank wird als Teil der Gruppe unter dem Dach der Barclays PLC neben der Bank tätig sein, jedoch die Möglichkeit haben unabhängige Entscheidungen zu treffen.

Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2017 bzw. zum 31. Dezember 2016 endende Jahr entnommen:

	Zum 31.12.2017 GBP Mio.	Zum 31.12.2016 GBP Mio.
Gesamte Aktiva	1.129.343	1.213.955
Kredite und Forderungen an Banken	36.206	43.634
Kredite und Forderungen an Kunden	365.553	392.783
Einlagen von Banken	37.906	48.214
Kundenforderungen	429.426	424.703
Gesamtes Eigenkapital	65.734	70.955
Minderheitsbeteiligungen	1	3.522
	Für das am 31.12.2017 endende Jahr GBP Mio.	Für das am 31.12.2016 endende Jahr GBP Mio.
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3.166	4.383
Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(2.336)	(2.373)

Die folgenden Finanzinformationen sind den ungeprüften Halbjahreszahlen der Emittentin für das zum 30. Juni 2018 bzw. zum 30. Juni 2017 endende Halbjahr entnommen:

	Zum 30.06.2018 GBP Mio. (ungeprüft)	Zum 30.06.2017 GBP Mio. (ungeprüft)
Gesamte Aktiva	903.345	1.136.867
Nettogesamtbetrag der Forderungen ⁵	226.369	427.980
Gesamtbetrag der Einlagen ⁶	279.438	488.162
Gesamtes Eigenkapital	48.192	66.167
Minderheitsbeteiligungen	2	84
	01.01.2018 - 30.06.2018 GBP Mio. (ungeprüft)	01.01.2017 - 30.06.2017 endendes Halbjahr GBP Mio. (ungeprüft)
Gewinn vor Steuern	725	1.731
Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(156)	(656)

Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen

Derzeit keine relevanten Ereignisse.

Rechtsstreitigkeiten

Die Barclays Bank PLC und die Barclays Bank Gruppe sind rechtlichen, wettbewerbsrechtlichen und regulatorischen Herausforderungen ausgesetzt, von denen viele außerhalb der Kontrolle der Gruppe liegen. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser Angelegenheiten auf Barclays ist nicht immer vorhersehbar, kann jedoch die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und -ergebnisse und die Geschäftsaussichten der Gruppe in wesentlichem Maße beeinträchtigen. Angelegenheiten, die aufgrund von ähnlichen Umständen entstehen, können entweder zu einer Eventualverbindlichkeit oder Rückstellung oder zu beidem führen, je nach dem maßgeblichen Sachverhalt und den maßgeblichen Umständen.

Im Zuge der Einführung von Strukturreformen im Vereinigten Königreich wurde das Bankgeschäft im Vereinigten Königreich am 1. April 2018 von der Barclays Bank PLC auf die Barclays Bank UK PLC, eine eigenständige Tochtergesellschaft der Barclays PLC, übertragen. Dieser Übergang umfasste die Rechte und Pflichten hinsichtlich bestimmter Verfahren und Vorgänge, die im Folgenden beschrieben

⁵ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Nettogesamtbetrag der Forderungen wird aus der Summe der beiden ungeprüften Bilanzzahlen "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" errechnet, die in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2018 veröffentlicht wurden. Aufgrund einer freiwilligen Ausweisänderung im Zuge der Anwendung von IFRS 9 wurden "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" aufgliedert und werden nun in den Positionen "Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten" und "Barsicherheiten und Abwicklungssalden" ausgewiesen.

⁶ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Gesamtbetrag der Einlagen wird aus der Summe der beiden ungeprüften Bilanzzahlen "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" errechnet, die in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2018 veröffentlicht wurden. Aufgrund einer freiwilligen Ausweisänderung im Zuge der Anwendung von IFRS 9 wurden "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" aufgliedert und werden nun in den Positionen "Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten" und "Barsicherheiten und Abwicklungssalden" ausgewiesen.

sind (die auch in den Jahresabschlüssen der Barclays Bank UK PLC ausgewiesen sind), auch wenn die Barclays Bank PLC möglicherweise auch weiterhin prozessrechtlich Partei der jeweiligen Verfahren bleibt.

Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Beratungsverträge und andere Angelegenheiten sowie Zivilverfahren

Die für schwere Betrugsdelikte zuständige Behörde in dem Vereinigten Königreich (*UK Serious Fraud Office* ("**SFO**")), die britische Finanzdienstleistungsaufsicht (*Financial Conduct Authority* ("**FCA**")), das US-Justizministerium (*Department of Justice* ("**DoJ**")) und die US-Börsenaufsichtsbehörde (Securities Exchange Commission ("**SEC**")) untersuchen bestimmte Beratungsverträge, welche die Barclays Bank PLC eingegangen ist.

Hintergrundinformationen

Die Barclays Bank PLC hat im Juni beziehungsweise im Oktober 2008 zwei Beratungsverträge (die "**Verträge**") mit der Qatar Holding LLC ("**Qatar Holding**") geschlossen. Die FCA hat Untersuchungen hinsichtlich der Frage eingeleitet, ob diese Verträge in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen der Barclays PLC im Juni und im November 2008 (die "**Kapitalbeschaffungen**") gestanden haben könnten. Das Bestehen des Beratungsvertrags vom Juni 2008 wurde offengelegt, aber der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die im Rahmen der Verträge zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, wurden jedoch nicht in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten in Bezug auf die Kapitalbeschaffungen offengelegt. Die SFO leitete ebenfalls eine Untersuchung der Verträge und des Darlehens über USD 3 Mrd. (das "**Darlehen**"), das die Barclays Bank PLC im November 2008 dem Staat Qatar gewährte, ein.

Verfahren der SFO

Im Juni 2017 beschuldigte die SFO die Barclays PLC zwei Mal des Vergehens der Verabredung mit bestimmten ehemaligen leitenden Angestellten und Mitarbeitern von Barclays zum Zwecke des Betrugs durch falsche Angaben hinsichtlich der Verträge, und des Vergehens der unrechtmäßigen Finanzhilfe in Verletzung von Ziffer 151 des Companies Act von 1985 im Hinblick auf das Darlehen. Im Februar 2018 warf die SFO der Barclays Bank PLC hinsichtlich des Darlehens dasselbe Vergehen vor. Im Mai 2018 ließ das Crown Court sämtliche Anschuldigungen gegen die Barclays PLC und Barclays Bank PLC fallen. Im Juli 2018 stellte die SFO beim High Court einen Antrag auf Wiederaufnahme sämtlicher vom Crown Court fallen gelassener Punkte gegen die Barclays PLC und Barclays Bank PLC. Barclays beabsichtigt, sich gegen den von der SFO gestellten Antrag zu verteidigen.

FCA Verfahren und andere Untersuchungen

Im September 2013 hat die FCA Warnhinweise (die "**Hinweise**") mit der Feststellung herausgegeben, dass - während die Barclays PLC und Barclays Bank PLC zum Zeitpunkt der Ausfertigung der Verträge davon ausgegangen waren, dass aus diesen zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert bezogen werden sollte - der primäre Zweck der Verträge nicht der war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt werden sollten. In den Hinweisen wird festgestellt, dass die Barclays PLC und Barclays Bank PLC gegen bestimmte mit der Offenlegung einhergehende Börsenvorschriften, und die Barclays PLC auch gegen das Listing Principle 3 (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien der Gesellschaft integer zu verhalten) verstießen. In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC leichtfertig handelten. Das in den Hinweisen gegen Barclays verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Die Barclays PLC und Barclays Bank PLC bestreiten die Feststellungen weiterhin. Die Klage der FCA wurde wegen der Verfahren der SFO aufgeschoben.

Weiterhin haben das DoJ und die SEC Ermittlungen hinsichtlich der Verträge eingeleitet.

Zivilklage

Im Januar 2016 haben die PCP Capital Partners LLP und PCP International Finance Limited (PCP) Klage gegen die Barclays Bank PLC eingereicht, mit der Schadensersatz für arglistige Täuschung und Betrug aufgrund von angeblichen Behauptungen der Barclays Bank PLC gegenüber PCP im Zusammenhang mit den Bedingungen geltend gemacht werden, zu denen Wertpapiere an potenzielle Anleger, unter anderem angeblich an PCP, bei der Kapitalerhöhung vom November 2008 ausgegeben wurden. PCP macht nun Schadensersatz in Höhe von bis zu GBP 1.477 Mio. (nebst Zinsen ab November 2017) und Kosten geltend. Die Barclays Bank PLC verteidigt sich gegen diese Klage und Beginn des Verfahrens ist für den Oktober 2019 vorgesehen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. Die PCP hat Klage auf Schadensersatz gegen die Barclays Bank PLC in Höhe von bis zu GBP 1.477 Mio. nebst Zinsen und Kosten erhoben. Dieser Betrag stellt nicht zwingend die drohende Verbindlichkeit der Barclays Bank PLC dar, wenn ein Urteil in dieser Sache gegen sie ergehen sollte.

Untersuchungen im Hinblick auf bestimmte Geschäftsbeziehungen

2012 leiteten das DoJ und die SEC Ermittlungen zu der Frage ein, ob bestimmte Beziehungen von Barclays zu Dritten, die die Barclays PLC beim Aufbau neuer oder der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen behilflich sind, die Vorschriften des US Foreign Corrupt Practices Act einhalten. Verschiedene Aufsichtsbehörden in anderen Jurisdiktionen werden über die Ermittlungen ebenfalls auf dem Laufenden gehalten. Davon unabhängig kooperiert Barclays mit dem DoJ und der SEC im Zusammenhang mit einer Untersuchung im Hinblick auf bestimmte Verfahren bei der Einstellung von Mitarbeitern in Asien und anderswo, und hält bestimmte Aufsichtsbehörden in anderen Jurisdiktionen informiert.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen in Bezug auf Whistleblowing-Systeme und -Kontrollen

Im April 2017 nahmen die FCA und die Prudential Regulation Authority (PRA) Ermittlungen gegen den Chief Executive Officer (CEO) der Barclays Group wegen seines individuellen Verhaltens und seiner Verantwortung als Senior Manager in Bezug auf das Hinweis-Programm (*whistleblowing programme*) von Barclays und in Bezug auf seinen Versuch im Jahr 2016 den Verfasser eines Briefes zu identifizieren, der von der Barclays Bank PLC als Hinweisgeber (*whistleblower*) eingestuft wurde; und gegen die Barclays Bank PLC im Zusammenhang mit ihrer Verantwortung sowohl in Bezug auf den Versuch des CEOs den Verfasser des Briefes zu identifizieren, als auch in Bezug auf die Systeme, Kontrollen und Kultur von Barclays, die sich auf Whistleblower beziehen, auf.

Im Mai 2018 erließen die FCA und die PRA rechtskräftige Bescheide, die ihr Ergebnis bestätigten, dass die Handlungen des CEOs in dieser Sache eine Verletzung der Individual Conduct Rule 2 darstellen (Verpflichtung, mit der angemessenen Kenntnis, Vorsicht und Sorgfalt zu handeln). Die FCA oder PRA kamen nicht zu dem Ergebnis, dass der CEO nicht integer handelte oder für die weitere Ausübung seiner Funktion als Chief Executive Officer der Barclays Gruppe nicht geeignet und zuverlässig sei.

In Bezug auf die Ermittlung gegen die Barclays Bank PLC kamen die FCA und die PRA zu dem Ergebnis, dass sie in dieser Sache keine Zwangsmaßnahmen einleiten würden. Die Barclays Bank PLC und Barclays Bank UK PLC haben sich jedoch jeweils der Verpflichtung unterworfen, der FCA und PRA Auskunft über bestimmte Aspekte ihrer Whistleblowing-Programme zu geben.

Ferner liefert Barclays in dieser Angelegenheit auch weiterhin Informationen an Behörden in den Vereinigten Staaten und kooperiert mit diesen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte

Die Aufsichts- und Vollzugsbehörden, einschließlich einiger Wettbewerbsbehörden verschiedener Regierungen haben Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beteiligung der Barclays Bank PLC an der Manipulation bestimmter finanzieller Referenzwerte wie etwa dem LIBOR und dem EURIBOR durchgeführt.

Hintergrundinformationen

2012 gab die Barclays Bank PLC bekannt, dass sie mit der Financial Services Authority ("FSA") (als der Vorgängerbehörde der FCA), der US-Aufsichtsbehörde für den Waren- und Terminhandel (*US Commodity Futures Trading Commission* ("CFTC")) und dem DoJ jeweils eine Einigung bezüglich deren Ermittlungen zu bestimmten Abgaben von Referenzzinssätzen erzielt haben; dabei hat Barclays Bank PLC eine Geldstrafe in Höhe von insgesamt GBP 290 Mio. gezahlt. Die Einigung mit dem DoJ erfolgte durch den Abschluss eines Non-Prosecution Agreement (Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung ("NPA")), das inzwischen ausgelaufen ist. Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und Barclays Capital Inc. ("BCI") haben mit bestimmten anderen Aufsichts- und Vollzugsbehörden Einigungen erzielt. Die Barclays Bank PLC kommt auch weiterhin Auskunftsverlangen der SFO in Bezug auf ihre laufenden LIBOR-Ermittlungen, einschließlich in Bezug auf Barclays Bank PLC, nach. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Trani, Italien, sind ebenfalls noch nicht abgeschlossen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den voranstehend aufgeführten Vergleichen ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte

Eine Reihe von Einzelpersonen und Unternehmen in verschiedenen Jurisdiktionen haben Zivilklagen gegen Barclays und andere Banken im Zusammenhang mit dem LIBOR und/oder anderen Referenzwerten angedroht oder eingereicht.

Hintergrundinformationen

Nach Einstellung der oben in *Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte* erwähnten Ermittlungen haben verschiedene Personen und Unternehmen in mehreren Jurisdiktionen Zivilklagen gegen Barclays angedroht oder eingereicht. Während einige dieser Fälle zurückgewiesen wurden oder durch Vergleich beigelegt werden konnten, der noch unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Genehmigung steht (und im Falle von Sammelklagen vorbehaltlich des Rechtes von

Gruppenmitgliedern, aus den Vergleich abzulehnen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen), laufen andere Verfahren weiter, und die letztlichen Auswirkungen sind unklar.

USD-LIBOR-Klagen vor dem MDL-Gericht

Die Mehrzahl der in verschiedenen US-Jurisdiktionen angestregten USD-LIBOR-Klagen wurden für vorprozessuale Zwecke vor einem Einzelrichter des US-Bezirksgerichts im Southern District of New York ("**SDNY**") (*multi district litigation court* ("**MDL-Gericht**")) gemeinsam verhandelt.

In den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften wurde u. a. der Vorwurf erhoben, die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen Bestimmungen des US Sherman Antitrust Act ("**Antitrust Act**"), des US Commodity Exchange Act ("**CEA**"), des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act ("**RICO**"), des Securities Exchange Act von 1934 sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie USD-LIBOR-Sätze manipulierten.

Einige der beantragten Sammelklagen wurden beigelegt. Angebliche Forderungen von Klägern, die (i) USD-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte getätigt, (ii) USD-LIBOR-bezogene Finanzinstrumente an einer Börse erworben, (iii) USD-LIBOR-bezogene Schuldtitel erworben oder (iv) auf USD-LIBOR-bezogene Darlehen vergeben haben, wurden im Wege des Vergleichs in Höhe von USD 120 Mio., USD 20 Mio., USD 7,1 Mio. bzw. USD 4 Mio. beigelegt. Die getroffenen Vergleiche unterliegen noch der endgültigen Genehmigung durch das Gericht bzw. dem Recht der Mitglieder der Gruppe aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Forderungen geltend zu machen.

In den übrigen Einzel- und Sammelklagen wird Schadensersatz in unbestimmter Höhe gefordert, ausgenommen in fünf Klagen, in denen die Kläger von allen Beklagten, einschließlich der Barclays Bank PLC, Schadensersatz in Höhe von zusammen mehr als USD 1,25 Mrd., zuzüglich Strafschadensersatz, fordern. In einigen der Klagen wird zudem Schadensersatz in dreifacher Höhe (trebling of damages) nach Maßgabe der Bestimmungen des Antitrust Act und des RICO gefordert.

EURIBOR-Fall im SDNY

2015 wurden im Rahmen eines Vergleichs einer Sammelklage im Zusammenhang mit dem EURIBOR USD 94 Mio. gezahlt. Der Vergleich von Barclays wurde vom Gericht per Beschluss im Mai 2018 endgültig genehmigt.

Weitere USD-LIBOR-Klage im SDNY

2015 wurde eine Einzelklage gegen die Barclays Bank PLC und andere beklagte Panel-Banken vom SDNY abgewiesen. Der Kläger brachte vor, die beklagten Panel-Banken hätten Absprachen getroffen, um den USD-LIBOR ansteigen zu lassen, was dazu geführt habe, dass der Wert der für einen Kredit als Sicherheit hinterlegten Anleihen gesunken sei, was letztlich zum Verkauf der Anleihen zu einem Tiefststand ihres Marktwerts geführt habe. Im März 2018 lehnte das Gericht den Antrag des Klägers auf Klageänderung ab und wies den Fall ab. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Gerichts läuft.

Sterling-LIBOR-Klage im SDNY

2015 wurde eine Sammelklage (putative class action) im SDNY gegen die Barclays Bank PLC und andere Sterling-LIBOR-Panel-Banken durch einen Kläger eingereicht, der sich an börslich gehandelten und OTC-Derivaten, die an den Sterling-LIBOR gebunden waren, beteiligt hatte. In der Klageschrift wird u. a. behauptet, die Beklagten hätten den Sterling-LIBOR-Satz zwischen 2005 und 2010 manipuliert und durch dieses Verhalten gegen Bestimmungen des CEA, des Antitrust Act sowie des RICO verstoßen. Zu Beginn des Jahres 2016 wurde diese Sammelklage mit einer weiteren Sammelklage zusammengefasst, die ähnliche Anschuldigungen gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Sterling LIBOR-Panel-Banken erhob. Der Antrag der Beklagten auf Klageabweisung läuft.

Japanischer Yen-LIBOR-Klagen im SDNY

2012 reichte ein Kläger, der an Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten beteiligt war, eine Sammelklage gegen die Barclays Bank PLC und andere Panel-Banken für den Japanischen Yen-LIBOR im SDNY ein. In der Klageschrift werden auch die Mitglieder des Panels der Japanese Bankers Association Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen-TIBOR), dem die Barclays Bank PLC nicht angehört, benannt. In der Klageschrift wird u. a. der Vorwurf der Manipulation der Euroyen-TIBOR- sowie der Yen-LIBOR-Sätze und des Verstoßes gegen Bestimmungen des CEA sowie des Antitrust Act im Zeitraum von 2006 bis 2010 erhoben. 2014 wies das Gericht die kartellrechtlichen Ansprüche des Klägers vollumfänglich ab, wobei die Ansprüche des Klägers gemäß den Bestimmungen des CEA weiter anhängig sind. Das Beweisaufnahmeverfahren läuft.

Im März 2017 wurde eine zweite Sammelklage mit Bezug zum Yen LIBOR gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI, die im SDNY anhängig gemacht wurde, vollumfänglich abgewiesen. Die Klage bringt ähnliche Anschuldigungen wie die Sammelklage aus 2012 vor. Die Kläger haben gegen die Abweisung Widerspruch eingelegt.

SIBOR/SOR-Fall vor dem SDNY

Eine als Sammelklage bezeichnete Klage im SDNY gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI und andere Beklagte, mit der die Manipulation der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Singapore Swap Offer Rate (SOR) geltend gemacht wurde, wurde vom Gericht hinsichtlich der Ansprüche gegen Barclays aufgrund mangelhafter Anspruchsbegründung (*failure to state a claim*) abgewiesen. Die Kläger änderten ihre Klageschrift im September 2017 und der Antrag der Beklagten auf Klageabweisung läuft.

Verfahren in Bezug auf Referenzwerte außerhalb der USA

Neben den Klagen in den USA sind gegen Barclays im Vereinigten Königreich, in zahlreichen anderen Jurisdiktionen Europas, Israel und in Argentinien Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit angeblichen Manipulationen des LIBOR, EURIBOR und anderer Referenzwerte angestrengt oder angedroht worden. Weitere Verfahren in Jurisdiktionen außerhalb der USA könnten in der Zukunft anhängig gemacht werden.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen zu Devisenkursen

Eine Reihe von Aufsichts- und Vollzugsbehörden mehrerer Jurisdiktionen haben verschiedene Vorfälle im Zusammenhang mit dem Verkauf und dem Handel mit Devisen, einschließlich des elektronischen Handels, untersucht.

Hintergrundinformationen

2015 hat Barclays Vergleiche mit der CFTC, dem DoJ, dem New York State Department of Financial Services (NYDFS), dem Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) und der FCA (zusammen die Streitbelegenden Behörden 2015) im Hinblick auf bestimmte Verkaufs- und Handelspraktiken auf dem Devisenmarkt erzielt. Im Zusammenhang mit diesen Vergleichen hat Barclays eine Strafzahlung von insgesamt etwa USD 2,38 Mrd. geleistet und zugestimmt, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Im Rahmen der Einigung (*plea agreement*) mit dem DoJ hat die Barclays PLC einem Bewährungszeitraum von drei Jahren zugestimmt, innerhalb dem die Barclays PLC, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften, unter anderem verpflichtet ist (i) keine Verstöße gegen Bundesgesetze der USA zu begehen, (ii) ein Compliance-Programm einzuführen und weiter umzusetzen, welches darauf ausgerichtet ist, das Verhalten, das Grundlage der Einigung war, zu verhindern und aufzudecken, (iii) der zuständigen US-Behörde stichhaltige Beweise für Verstöße gegen US-Kartell- und Betrugsgesetze zu melden und (iv) ihre Compliance-Kontrollen sowie die internen Kontrollen zu verstärken, wie dies von den jeweiligen Aufsichts- oder Strafverfolgungsbehörden verlangt wird. Im Januar 2017 hat das US-Bezirksgericht für den District of Connecticut dieser Einigung zugestimmt und entsprechend die Barclays PLC zur Zahlung einer Strafe in Höhe von USD 650 Mio. und USD 60 Mio. für die Verletzung des NPA (deren Beträge Teil der oben genannten USD 2,38 Mrd. sind) und zu einer Bewährungsstrafe von drei Jahren ab der Urteilsverkündung verurteilt. Barclays informiert einige der Streitbelegenden Behörden 2015 weiterhin fortlaufend.

Der vollständige Text der Einigung mit dem DoJ, die Verfügungen der Behörden CFTC, NYDFS und der Federal Reserve sowie die endgültige, im Zusammenhang mit den Einigungen ausgegebene Mitteilung (Final Notice) stehen der Allgemeinheit auf den jeweiligen Webseiten der Streitbelegenden Behörden 2015 zur Verfügung.

Die Europäische Kommission ist eine von mehreren Behörden, die Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Praktiken auf dem Devisenmarkt durchführen.

Das DoJ hat eine Untersuchung zu Verhaltensweisen in Bezug auf bestimmte Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit bestimmten Transaktionen zwischen 2011 und 2012 durchgeführt. Barclays hat dem DoJ sowie anderen zuständigen Behörden, die diese Verhaltensweisen untersuchen, Informationen vorgelegt. Im Februar 2018 beendete das DoJ seine Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Handelsaktivitäten in Zusammenhang mit einer der Transaktionen. Das DoJ veröffentlichte ein Schreiben, in dem sie ihre Ermittlung gegen Barclays unter anderem im Gegenzug für die Verpflichtung Barclays einstellt, USD 12,9 Mio. als Herausgabe entstandener Gewinne und Schadenersatz zu zahlen, die mit jedem Vergleichsbetrag, der als zivilrechtlicher Schadenersatz gezahlt wird, aufgerechnet werden können. Im Januar 2018 wurde ein derzeit suspendierter Mitarbeiter von Barclays in Zusammenhang mit dieser Sache angeklagt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen und einer im Q417 gebildeten Rückstellung von GBP 240 Mio. ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf Devisen

Zahlreiche Einzelpersonen und Unternehmen in verschiedenen Jurisdiktionen haben Zivilklagen gegen Barclays und andere Banken in Bezug auf Devisentransaktionen eingereicht oder dies angedroht.

Hintergrundinformationen

Nach der Einstellung bestimmter oben in *Ermittlungen zu Devisenkursen* erwähnter Ermittlungen haben zahlreiche Einzelpersonen und Unternehmen in verschiedenen Jurisdiktionen Zivilklagen gegen Barclays und andere Banken in Bezug auf Devisentransaktionen eingereicht oder dies angedroht, oder könnten dies in Zukunft tun. Einige dieser Fälle wurden abgewiesen oder vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung des zuständigen Gerichts verglichen (und im Falle von Sammelklagen vorbehaltlich des Rechts der Mitglieder der Gruppe, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen).

Zusammengefasste Devisenkurs-Klage

2014 wurden im SDNY eine Reihe von Zivilklagen im Namen von Klägergruppen (proposed classes of plaintiffs) eingereicht, im Rahmen derer eine Manipulation von Devisenmärkten und somit ein Verstoß des Antitrust Act sowie des Rechts des Bundesstaates New York behauptet und mehrere internationale Banken, darunter die Barclays Bank PLC, als Beklagte genannt werden, und die zur einer einzigen Klage zusammengefasst (Zusammengefasste Devisenkurs-Klage) wurden. 2015 haben die Barclays Bank PLC und BCI die Zusammengefasste Devisenkurs-Klage im Wege des Vergleichs beigelegt und USD 384 Mio. gezahlt. Bestimmte Gruppenmitglieder haben sich dazu entschieden, aus dem Vergleich auszusteigen, und einige von ihnen könnten ihre eigenen Forderungen geltend machen. Der Vergleich unterliegt darüber hinaus der endgültigen Genehmigung durch das Gericht.

ERISA Wechselkurs-Klage

Seit 2015 wurden einige Zivilklagen im Namen von Klägergruppen im SDNY eingereicht, in denen Verletzungen auf Basis anderer Rechtstheorien (andere Rechtsgrundlagen, als die der Zusammengefassten Wechselkurs-Klage) aufgrund angeblicher Manipulation von Wechselkursen, einschließlich Ansprüchen des US-Betriebsrentengesetz (Employee Retirement Income Security Act, "ERISA") (die "**ERISA-Ansprüche**"), behauptet und in denen diverse internationale Banken, darunter die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI als Beklagte benannt werden. Das Gericht hat die ERISA-Ansprüche zurückgewiesen.

Privatkunden-Klage

Eine Sammelklage wurde im Namen einer Gruppe von Einzelpersonen, die Währungen auf Privatkunden-Basis in Bankniederlassungen wechselten, gegen eine Reihe internationaler Banken, einschließlich der Barclays PLC und BCI, im Northern District of California eingereicht (und später an den SDNY verwiesen) ("**Privatkunden-Ansprüche**"). Das Gericht hat entschieden, dass die Privatkunden-Ansprüche nicht von der Vergleichsvereinbarung für die Zusammengefasste Devisenkurs-Klage erfasst werden. Das Gericht hat daraufhin sämtliche Privatkunden-Ansprüche gegen Barclays und alle anderen Beklagten zurückgewiesen. Die Kläger haben ihre Klageschrift geändert und begehrten eine Klageerweiterung, die auch Kreditkarten-, Debitkarten- und Überweisungstransaktionen beinhalten sollte, die jedoch vom Gericht abgelehnt wurde. Die Kläger haben das Gericht gebeten, die Entscheidung über die Klageerweiterung zu überdenken.

Devisenkurs-Klage nach dem Recht einzelner US-Bundesstaaten

2016 wurde eine weitere Sammelklage im SDNY nach dem Recht der Bundesstaaten von New York und Kalifornien im Namen einer Klägergruppe von ETF-Anteilseignern und anderen eingereicht, die angeblich indirekte Anleger in Deviseninstrumente waren. Die Beklagten (einschließlich Barclays) haben Antrag auf Klageabweisung gestellt. Der Prozessvertreter der Kläger änderte sodann die Klageschrift und machte Ansprüche in Namen einer Anlegergruppe nach Bundesrecht und dem Recht verschiedener US-Bundesstaaten geltend, die mit Deviseninstrumenten über Devisenhändler oder Makler gehandelt haben, denen keine Manipulation von ausländischen Wechselkursen vorgeworfen wird. Daraufhin reichte eine andere Klägergruppe eine weitere Klage ein, die sich auf dieselben Theorien stützt und im Wesentlichen ähnliche Ansprüche geltend macht. Diese beiden Klagen wurden zusammengefasst und im Juni 2017 wurde eine zusammengefasste Klageschrift eingereicht. Die Beklagten (einschließlich Barclays) haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der oben beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf ISDAFIX

2014 wurde eine Reihe von zusammenhängenden Zivilklagen im Zusammenhang mit ISDAFIX beim SDNY für eine Klägergruppe eingereicht, in denen behauptet wurde, die Barclays Bank PLC, eine Reihe anderer Banken und ein Makler hätten durch die Beteiligung an einer Absprache zur Manipulation des USD ISDAFIX den Antitrust Act und weitere US-Bundesstaatliche Gesetze verletzt. 2016 schlossen die Barclays Bank PLC und BCI mit Klägern einen Vergleich zur Beilegung der zusammengefassten Klage und zahlten USD 30 Mio., wodurch alle Ansprüche im Zusammenhang mit ISDAFIX, die von der Gruppe eingereicht wurden oder hätten eingereicht werden können, vollständig erledigt wurden. Der Vergleich wurde vom Gericht im Juni 2018 per Beschluss endgültig genehmigt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Die größte finanzielle Auswirkung der aufgeführten Klagen auf Barclays spiegelt sich in dem oben beschriebenen Vergleich wider.

Metall-Ermittlungen

Die Barclays Bank PLC hat dem DoJ, der CFTC und anderen Behörden Informationen im Rahmen von Ermittlungen in Verbindung mit Metallen und metall-bezogenen Finanzinstrumenten zukommen lassen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf das Gold- und Silber-Fixing

Eine Reihe von Zivilklagen, die jeweils für eine Klägergruppe eingereicht wurden, wurden zusammengelegt und an den SDNY verwiesen. Die Klagen werfen der Barclays Bank PLC und anderen Mitgliedern der London Gold Market Fixing Ltd. vor, unter Verletzung der Bestimmungen des CEA, des Antitrust Acts sowie US-Bundesstaatlicher Kartell- und Verbraucherschutzgesetze die Preise von Gold und Derivatekontrakten in Gold manipuliert zu haben. Ebenfalls in den USA hat eine Klägergruppe eine Klage gegen eine Reihe von Banken, einschließlich der Barclays Bank PLC, BCI und Barclays Capital Services Ltd., wegen der angeblichen Manipulation des Silberpreises unter Verstoß gegen das CEA und kartellrechtliche Gesetze eingereicht. Das Gericht hat die Klage gegen die Barclays-Gesellschaften abgewiesen.

Darüber hinaus wurden auch vor kanadischen Gerichten Zivilklagen gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc., BCI und die Barclays Capital PLC für Klägergruppen aufgrund angeblicher Manipulation von Gold- und Silberpreisen unter Verstoß gegen kanadisches Recht eingereicht.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Aktivitäten und Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit US-Hypotheken für Wohn- und Gewerbeimmobilien

In Zusammenhang mit US-amerikanischen Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS) und US-

amerikanischen Commercial-Mortgage-backed-Securities (CMBS) fanden zahlreiche Ermittlungen und zivilrechtliche Verfahren statt.

Hintergrundinformationen

Die Aktivitäten von Barclays im US-Wohnbauhypothekensektor in den Jahren 2005 bis einschließlich 2008 umfassten:

- das Sponsoring und Underwriting in Bezug auf Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 39 Mrd.;
- die Übernahme des wirtschaftlichen Underwriting-Risikos in Bezug auf sonstige Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 34 Mrd.;
- den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd. an staatlich geförderte Unternehmen (government sponsored enterprises ("GSE"));
- den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 3 Mrd. an sonstige Käufer; und
- den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 19,4 Mrd. (davon ausgenommen im entsprechenden Zeitraum verkaufte und anschließend wieder zurückgekaufte Kredite im Volumen von ca. USD 500 Mio.), welche von einem Hypothekenbesteller (mortgage originator) ausgegeben und an Dritte verkauft wurde, der ein Unternehmen ist, das mit einer durch Barclays im Jahre 2007 erworbenen Gesellschaft ("**Erworbene Tochtergesellschaft**") verbunden ist.

DoJ-Zivilklage

Im Dezember 2016 hat das DoJ eine Zivilklage gegen die Barclays Bank PLC, Barclays PLC, BCI, Barclays Group US Inc., Barclays US LLC, BCAP LLC, Securitized Asset Backed Receivables LLC und Sutton Funding LLC sowie gegen zwei ehemalige Mitarbeiter des US Bezirksgerichts im Eastern District of New York ("**EDNY**") eingereicht, die eine Reihe von Anschuldigungen, einschließlich Betrug unter Einsatz von Telekommunikationsmitteln (*mail and wire fraud*), in Zusammenhang mit zwischen 2005 und 2007 verkauften Mortgage-backed-Securities enthalten. Im März 2018 einigte sich Barclays mit dem DoJ zur Beilegung der Klage im Wege des Vergleichs auf Zahlung einer zivilrechtlichen Geldstrafe in Höhe von USD 2 Mrd., die im H118 gezahlt wurde.

Forderungen nach RMBS-Rückkauf

Barclays hat als alleiniger Anbieter Kreditzusagen und -garantien (representations and warranties, "**R&W**") in folgender Höhe R&W abgegeben:

- ca. USD 5 Mrd. von Barclays gesponserte Verbriefungen.;
- ca. USD 0,2 Mrd. an GSE verkaufte Kredite; und
- ca. USD 3 Mrd. an andere Käufer verkaufte Kredite.

Zusätzlich hat die Erworbene Tochtergesellschaft R&Ws in Bezug auf alle von ihr an Dritte verkauften Kredite in Höhe von ca. USD 19,4 Mrd. abgegeben.

Die R&Ws in Bezug auf die übrigen von Barclays gesponserten Verbriefungen wurden hauptsächlich von Drittbestellern als Deponent der Treuhandgesellschaft mit einer Tochtergesellschaft von Barclays direkt an die Verbriefungstreuhandgesellschaften mit eingeschränkten R&Ws abgegeben. Für die meisten R&W wurden keine zeitlichen Begrenzungen von Seiten Barclays, der Erworbenen Tochtergesellschaft oder dieser Drittbesteller angegeben.

Unter bestimmten Umständen können Barclays und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft

verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder andere Zahlungen in Bezug auf diese Kredite zu leisten, wenn die R&W nicht eingehalten werden.

Hinsichtlich der spätestens am 30. Juni 2018 eingegangenen, noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf in Verbindung mit allen R&W, die Barclays oder die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf an GSE und andere Käufer verkaufte Kredite und in Bezug auf Private-Label-Aktivitäten abgegeben haben, bestand zum Zeitpunkt des Verkaufs ein ursprünglicher ausstehender Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 2,1 Mrd.

Die vorstehend beschriebenen noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf beziehen sich auf Zivilklagen, die von den Treuhändern bestimmter RMBS-Verbriefungen erhoben wurden und im Rahmen derer die Treuhänder behaupten, Barclays und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft müsse Kredite zurückkaufen, bei denen ein Verstoß gegen die operativen R&W vorliegt. Diese Treuhänder sowie alle anderen Parteien, die einen Rückkauf fordern, haben im Rahmen dieser Klagen ferner geltend gemacht, dass möglicherweise ein Verstoß gegen die operativen R&W bezüglich einer größeren (jedoch nicht bezifferten) Anzahl von Krediten vorliegt, als die zuvor von den Treuhändern in ihren konkreten Forderungen auf Rückkauf angegebene Anzahl. Dieser Prozess dauert an.

Die Erworbene Tochtergesellschaft stimmte im Mai 2018 der Beilegung einer Zivilklage in Bezug auf Ansprüche auf Freistellung von Schäden, die ein Darlehenskäufer angeblich als Konsequenz vermeintlicher Verletzungen von R&Ws erlitten hat, die von der Erworbenen Tochtergesellschaft in Verbindung mit Darlehensverkäufen an den Käufer im Zeitraum von 1997 bis 2007 abgegeben wurden, im Wege des Vergleichs zu.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Alternative Handelssysteme und Hochfrequenzhandel

Die SEC, die Generalstaatsanwaltschaft von New York (New York State Attorney General ("NYAG")) und die Aufsichtsbehörden einiger anderer Jurisdiktionen haben eine Reihe von Vorgängen in Verbindung mit alternativen Handelssystemen ("AHS"), einschließlich Dark Pools, und den Aktivitäten von Hochfrequenzhändlern untersucht.

Hintergrundinformationen

2014 reichte die NYAG beim Obersten Gerichtshof des Bundesstaates New York (Supreme Court of the State of New York ("NY Supreme Court")) eine Klage (die "NYAG-Klage") gegen die Barclays PLC und BCI ein, in deren Rahmen sie unter anderem den Vorwurf erhob, die Barclays PLC und BCI seien an Betrugsfällen und irreführenden Praktiken im Zusammenhang mit LX, dem SEC-registrierten AHS von Barclays, beteiligt gewesen. Im Februar 2016 gelang es Barclays separate Einigungen mit der SEC und der NYAG zur Beilegung ihrer Klagen gegen die Barclays PLC und BCI im Zusammenhang mit dem Betrieb von LX abzuschließen und sie zahlte jeweils USD 35 Mio. an beide Behörden.

Die Barclays PLC und BCI wurden ebenfalls in einer Sammelklage eines institutionellen Finanzdienstleisters nach kalifornischem Recht erwähnt, die ähnliche Beschuldigungen wie die NYAG-Klage enthält. Im Oktober 2016 hat das Bundesgericht in Kalifornien dem Antrag von Barclays PLC und BCI auf Abweisung der gesamten Klage stattgegeben, wogegen die Kläger Berufung gegen die Entscheidung des Gerichts eingelegt haben. Im Juli 2018 wurde die Klageabweisung vom Berufungsgericht bestätigt.

Im Anschluss an die Einreichung der NYAG-Klage wurden die Barclays PLC und BCI, einige ihrer

gegenwärtigen und ehemaligen Führungskräfte in einer Aktionärs-Sammelklage erwähnt ("Aktionärs-Sammelklage"). Die Kläger machen geltend, dass Anleger der Barclays American Depositary Receipts (ADRs) infolge der Anschuldigungen in der NYAG-Klage Wertminderungen ihres Investments erlitten haben. Die Beklagten (einschließlich Barclays PLC und BCI) haben einen Antrag auf Klageabweisung gestellt, dem das Gericht teilweise stattgegeben, teilweise jedoch zurückgewiesen hat. Im Februar 2016 hat das Gericht die Klage als Sammelklage zugelassen. Im November 2017 bestätigte das Berufungsgericht die Zulassung als Sammelklage.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

In den Sammelklagen werden ein nicht näher spezifizierter monetärer Schadensersatz und eine Unterlassungsverfügung gefordert. Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Energiemarktklage

Die US-Energiemarktaufsicht (Federal Energy Regulatory Commission, "**FERC**") hat 2013 im Zusammenhang mit Anschuldigungen, dass die Barclays Bank PLC die Strommärkte im Westen der USA manipuliert habe, eine Zivilklage gegen die Barclays Bank PLC eingereicht.

Die Klage wurde für einen Betrag in Höhe von USD 105 Mio. (USD 70 Mio. Strafe und USD 35 Mio. Herausgabe entstandener Gewinne) durch Vergleich beigelegt, der 2017 gezahlt wurde.

2015 hat die Merced Irrigation District, ein kalifornischer Energiedienstleister, vor dem US-Bezirksgericht für den SDNY eine zivilrechtliche Sammelklage auf Schadensersatz in Höhe von USD 139,3 Mio. gegen die Barclays Bank PLC eingereicht, in der kartellrechtliche Anschuldigungen in Verbindung mit den angeblichen Manipulationen auf den Energiemärkten in Kalifornien und Umgebung vorgebracht wurden. Die Klage wurde durch einen Vergleich über USD 29 Mio. beigelegt (vorbehaltlich der endgültigen gerichtlichen Genehmigung und des Rechts der Sammelkläger, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Forderungen geltend zu machen).

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Barclays geht von keinen weiteren finanziellen Auswirkungen der oben beschriebenen Klagen aus, die sich wesentlich auf die Ertragslage, Kapitalflüsse oder Finanzlage von Barclays auswirken würden.

Zivilklagen in Bezug auf Staatsanleihen und diesbezügliche Angelegenheiten

Gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute wurden verschiedene Zivilklagen eingereicht, in denen Verletzungen kartellrechtlicher und anderer Gesetze in Zusammenhang mit Märkten für US-Staatsanleihen und Supranational-Wertpapiere, sonstige Staatsanleihen und Agency-Wertpapiere geltend gemacht werden. Bestimmte Regierungsbehörden führen darüber hinaus Ermittlungen in Bezug auf den Handel mit bestimmten Staatsanleihen in verschiedenen Märkten durch.

Hintergrundinformationen

Vor einem US-Bundesgericht wurden zahlreiche Sammelklagen gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute eingereicht, die als Primärhändler für US-Staatsanleihen tätig waren. Diese Klagen wurden zusammengefasst und im November 2017 reichten die Kläger der Sammelklage eine zusammengefasste geänderte Klageschrift beim US-Bundesgericht in New York gegen die Beklagten sowie gegen bestimmte Unternehmen ein, die elektronische Handelsplattformen betreiben, auf denen US-Staatsanleihen gehandelt werden. In der Klage werden Ansprüche aus US-bundesrechtlichen Kartellgesetzen und einzelstaatlichem Common Law geltend gemacht und behauptet, dass die Beklagten (i) Absprachen zur Manipulation des Markts für US-Staatsanleihen und/oder (ii) Absprachen

zur Verhinderung der Bildung bestimmter Plattformen durch Boykottierung oder Androhung einer Boykottierung dieser Handelsplattformen getroffen hätten. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Daneben haben bestimmte Kläger eine damit zusammenhängende direkte Klage gegen die BCI und bestimmte andere Finanzinstitute eingereicht, die als Primärhändler von US-Staatsanleihen aufgetreten sind. In der Klage wird geltend gemacht, dass die Beklagten Absprachen getroffen hätten, um Preise und den Markt für US-Staatsanleihen unter Verletzung des US-bundesstaatlicher Kartellgesetze, des CEA und des einzelstaatlichen Common Laws zu manipulieren.

2017 wurden die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Services Limited, Barclays Capital Securities Limited und bestimmte andere Finanzinstitute in einer kartellrechtlichen Zivilklage als Beklagte genannt, in der behauptet wird, dass die Beklagten von 2005 bis 2015 Absprachen zu Preisen und zur Beschränkung des Wettbewerbs auf dem Markt für Supranational-Anleihen, sonstige Staatsanleihen und Agency-Anleihen getroffen hätten. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Bestimmte staatliche Behörden führen Ermittlungen zu den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Handel bestimmter Staatsanleihen in verschiedenen Märkten durch und Barclays legt verschiedenen Behörden fortlaufend Informationen vor.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Zivilklage in Bezug auf mexikanische Staatsanleihe

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Bank Mexico, S.A. und die Grupo Financiero Barclays Mexico, S.A. nebst weiterer Finanzinstitute, die mit mexikanischen Staatsanleihen handeln, sind Beklagte in mehrere Sammelklagen, die im Juni 2018 im SDNY zusammengefasst wurden. Die Sammelklagen machen kartell- und staatsrechtliche Ansprüche aufgrund einer angeblichen Preisabsprache für mexikanische Staatsanleihen in dem Zeitraum von 2006 bis Mitte 2017 geltend.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

American Depositary Shares

Gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und verschiedene ehemalige Vorstandsmitglieder der Barclays Bank PLC wurde im SDNY eine zusammengefasste Wertpapier-Sammelklage anhängig gemacht, in der

geltend gemacht wird, dass falsche Angaben und Auslassungen in Angebotsdokumenten bestimmter American Depositary Shares gemacht wurden, die im April 2008 von der Barclays Bank PLC mit einem ursprünglichen Nennbetrag von ca. USD 2,5 Mrd. begeben wurden (das "**Angebot April 2008**"). Die Kläger machen Ansprüche aus dem Securities Act of 1933 geltend, wobei der Vorwurf erhoben wird, es hätte falsche Angaben und Auslassungen (unter anderem) in Bezug auf das Portfolio der Barclays Bank PLC für hypothekenbezogene Wertpapiere (darunter US-subprime-bezogene Positionen), die Risikopositionen der Barclays Bank PLC im Hypotheken- und Kreditmarkt und die

Finanzlage der Barclays Bank PLC gegeben. Die Kläger haben die Höhe ihres ersuchten Schadensersatzes nicht näher beziffert. Im Juni 2016 ließ der SDNY die Klage als Sammelklage zu. Im September 2017 gab der SDNY dem Antrag der Beklagten auf ein beschleunigtes Verfahren statt. Die Kläger haben Berufung gegen diese Entscheidung eingelegt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klage auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

BDC Finance L.L.C.

Die BDC Finance L.L.C. (BDC) reichte Klage gegen die Barclays Bank PLC wegen der angeblichen Verletzung eines Vertrags im Zusammenhang mit einem Portfolio aus Total Return Swap-Transaktionen, für die ein ISDA-Rahmenvertrag gilt (zusammen der "**Vertrag**"), ein.

Hintergrundinformationen

2008 reichte die BDC beim NY Supreme Court Klage gegen die Barclays Bank PLC ein, in der geltend gemacht wurde, die Barclays Bank PLC habe gegen den Vertrag verstoßen, als sie 2008 der Forderung der BDC nach Übertragung angeblicher überschüssiger Sicherheiten in Höhe von ca. USD 40 Mio. (Forderung) nicht nachkam. Die BDC macht geltend, die Barclays Bank PLC sei nach dem Vertrag nicht berechtigt gewesen, die Forderung vor der Übertragung der angeblichen überschüssigen Sicherheiten zu bestreiten, und selbst wenn die Barclays Bank PLC nach dem Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, die Forderung vor der Übertragung zu bestreiten, habe die Barclays Bank PLC versäumt, die Forderung zu bestreiten. Die BDC verlangt Schadensersatz in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. zuzüglich Anwaltskosten, Auslagen und vorprozessuale Zinsen. Eine Anhörung zu den Haftungsfragen wurde im April 2017 abgeschlossen und die Entscheidung des Gerichts steht noch aus.

2011 wurden die Barclays Bank PLC und BCI auch von der Anlageberaterin der BDC, BDCM Fund Adviser, L.L.C. und deren Mutterunternehmen, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. beim zuständigen Gericht von Connecticut (Connecticut State Court) auf Schadensersatz in unbestimmter Höhe verklagt, begründet mit dem angeblichen Verhalten der Barclays Bank PLC im Zusammenhang mit dem Vertrag; dabei wurden Ansprüche aufgrund der Verletzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken gemäß dem Connecticut Unfair Trade Practices Act sowie Ansprüche aus unerlaubter Handlung im Zusammenhang mit dem Eingriff in Geschäftsbeziehungen und potenzielle Geschäftsbeziehungen geltend gemacht. Die Parteien haben einer Aussetzung des Verfahrens zugestimmt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. Die BDC hat Ansprüche in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. nebst Rechtsanwaltskosten und vorprozessuale Zinsen gegen Barclays geltend gemacht. Dieser Betrag entspricht nicht zwangsläufig dem potenziellen finanziellen Risiko, dem Barclays im Falle einer Entscheidung zu ihren Ungunsten ausgesetzt wäre.

Zivilklagen in Bezug auf den US Anti-Terrorism Act

Zivilklagen gegen die Barclays Bank PLC und andere Banken machen eine Beteiligung an einer Absprache und eine Verletzung des US-Anti-Terrorism Act ("**ATA**") geltend.

Hintergrundinformationen

Eine abgeänderte Sammelklage (die "**Geänderte Sammelklage**") wurde von ca. 350 Klägern beim US-Bundesgericht im EDNY anhängig gemacht. Gegenstand dieser Klage ist die Behauptung, die Barclays Bank PLC sowie weitere Banken hätten sich der Beteiligung an Absprachen schuldig gemacht und den ATA verletzt, indem sie der Regierung des Iran sowie einigen iranischen Banken bei der Durchführung von Geschäften in US-Dollar behilflich gewesen sein sollen, mit denen wiederum Angriffe der Hisbollah und andere Angriffe finanziert wurden, in denen Familienmitglieder der Kläger verletzt oder getötet wurden. Gemäß den Bestimmungen des ATA müssen, alle nachgewiesenen Schäden nebst Anwaltsgebühren dreifach entschädigt werden, machen die Kläger Entschädigungsansprüche für physische Schmerzen, Leid und seelische Qualen geltend. Die Beklagten haben Antrag auf Abweisung der Geänderten Klageschrift gestellt. Im November 2017 wurde eine getrennte Zivilsammelklage bei dem US-Bundesgericht im SDNY von circa 160 Klägern eingereicht, die Ansprüche aus dem ATA gegen die Barclays Bank PLC und eine Reihe anderer Banken geltend macht und im Wesentlichen der Geänderten Klageschrift entspricht. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Im Mai 2018 wurde beim US-Bundesgericht im Middle District von Florida eine Zivilklage durch einen sich selbst vertretenden Einzelkläger eingereicht, die Ansprüche aus dem ATA gegen die Barclays Bank PLC und eine Reihe anderer Banken geltend machte. Die Klageschrift wurde der Barclays Bank PLC nicht zugestellt. Im Juli 2018 wies das Gericht die Klage zurück, vorbehaltlich des Rechts des Klägers zur Einreichung einer geänderten Klageschrift.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

US-Zivilklagen in Bezug auf Zinsswaps und Credit-Default-Swaps

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI sind zusammen mit anderen Finanzinstituten Beklagte in kartellrechtlichen Zivilklagen in Bezug auf Zinsswaps und Credit-Default-Swaps im SDNY.

Hintergrundinformationen

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI wurden, zusammen mit anderen Finanzinstituten, die Market Makers für Interest Rate Swaps (IRS), Trade Web und ICAP sind, als Beklagte in einer Reihe von kartellrechtlichen Sammelklagen benannt, die 2016 im SDNY zusammengelegt wurden. Mit den Klagen wird geltend gemacht, die Beklagten hätten Absprachen getroffen, um die Entwicklung des Austauschs von IRS zu verhindern, und es werden nicht spezifizierter Schadensersatzzahlungen, ein dreifacher Schadensersatz und Rechtsanwaltskosten gefordert. Zu den Klägern gehören eine Reihe von Swap Execution Facilities sowie institutionelle Anleger (buy-side investors). Die institutionellen Anleger (buy-side investors) machen geltend, eine Klägergruppe zu vertreten, die Transaktionen im Bereich der Fixed-For-Floating-IRS mit Beklagten in den USA seit 2008 vorgenommen hat, einschließlich beispielsweise US-Pensionskassen und Pensionsfonds, Gemeinden, Universitätsstiftungen, Unternehmen, Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds. Das Beweisaufnahmeverfahren läuft.

Im Juni 2017 wurde vor dem US-Bezirksgericht im SDNY eine gesonderte Klage gegen dieselben Finanzinstitute, wie in den IRS-Fällen, einschließlich gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI eingereicht, in der geltend gemacht wird, dass ein bestimmtes Verhalten in den IRS-Fällen angeblich ebenfalls zu einem Verlust des Klägers in Bezug auf den Credit-Default-Swaps-Markt beigetragen habe. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt. Getrennt davon reichte die trueEX LLC im Juni 2018 eine kartellrechtliche Sammelklage gegen elf Finanzinstitute ein, die auf dem IRS-Markt als Händler tätig sind, einschließlich der Barclays Bank PLC und BCI, und behauptete,

die Beklagten hätten sich unrechtmäßig abgesprochen, um trueEX an einem erfolgreichen Markteintritt mit ihrer Handelsplattform zu hindern. trueEX LLC macht außerdem geltend, die Beklagten hätten grundsätzlich andere anonyme All-to-all-Plattformen für den IRS-Handel boykottiert.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen der Portugiesischen Wettbewerbsbehörde

Die Portugiesische Wettbewerbsbehörde untersucht, ob es durch den Austausch von Informationen über Kreditprodukte für Kleinanlegerüber einen Zeitraum von 11 Jahren, unter besonderer Bezugnahme auf Hypotheken, Verbraucherkredite sowie die Vergabe von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen, zwischen 15 Banken in Portugal - darunter auch Barclays -, zu Verletzungen des Wettbewerbsrechts gekommen ist. Barclays kooperiert bei den Ermittlungen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahme auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Ermittlungen im Hinblick auf den Verdacht von Geldwäsche im Zusammenhang mit Devisentransaktionen in Südafrika

Die Absa Bank Limited, zum damaligen Zeitpunkt eine Tochtergesellschaft der Barclays Group, hat mögliche betrügerische Aktivitäten bei einigen ihrer Kunden unter Nutzung von Vorauszahlungen für Importe in den Jahren 2014 und 2015 für die Durchführung von Devisentransfers von Südafrika auf Konten von Empfängern in Ostasien, dem Vereinigten Königreich, Europa und den USA entdeckt. Als Folge daraus führte die Gruppe eine Überprüfung der relevanten Aktivitäten, Prozesse, Systeme und Kontrollen durch. Barclays stellt den zuständigen Behörden als Teil ihrer ständigen Kooperation auch weiterhin Informationen zur Verfügung.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen hinsichtlich strukturierter Privatkundeneinlagen und strukturierter Schuldverschreibungen mit Kapitalschutz

2015 nahm die FCA eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Struktur, Herstellung und des Verkaufs strukturierter Einlagen durch Barclays seit November 2009 auf. Die Ermittlungen befinden sich im fortgeschrittenen Stadium. Im Januar 2018 nahm die FCA darüber hinaus eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Struktur, Herstellung und des Verkaufs kapitalgeschützter strukturierter Schuldverschreibungen durch Barclays in dem Zeitraum von Juni 2008 bis Juli 2014 auf.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Ermittlungen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls

auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen hinsichtlich des Forderungseinzugs in Bezug auf unbesicherte Kreditgeschäfte

Im Februar 2018 nahm die FCA eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Frage auf, ob Barclays seit Juli 2015 wirksame Inkassosysteme- und -kontrollen für den Forderungseinzug eingeführt hat und ob sie ausstehende und rückständige Zinsen von Kunden gebührend berücksichtigt hat.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der Ermittlungen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Britische Umsatzsteuerprüfungen durch das HM Revenue & Customs (HMRC)

Im März 2018 veröffentlichte die HMRC Mitteilungen, die zur Folge haben, dass bestimmte ausländische Tochtergesellschaften, die im Vereinigten Königreich tätig sind, aus der britischen umsatzsteuerlichen Organschaft von Barclays ausgenommen werden, in der Lieferungen zwischen Organmitgliedern grundsätzlich umsatzsteuerfrei sind.

Die Bekanntmachungen gelten rückwirkend und würden, sofern sie nicht von der HMRC zurückgenommen werden, Schätzungen von ca. GBP 184 Mio., einschließlich Zinsen entsprechen, von denen Barclays einen Betrag von ca. GBP 130 Mio. der Barclays Bank UK PLC und GBP 54 Mio. der Barclays Bank PLC zuschreiben würde.

Auf Antrag von Barclays führt das HMRC eine weitere Überprüfung durch, und wenn die Bewertungen nicht zurückgezogen werden, kann Barclays die Bewertungen anfechten, indem es ein Verfahren vor dem First Tier Tribunal (Steuerkammer) einleitet.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Der Gesamtbetrag der HMRC-Bewertungen beläuft sich auf ca. GBP 184 Mio., inklusive Zinsen.

Allgemeines

Die Barclays Bank PLC und ihre Tochtergesellschaften sind an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich, in den USA und einigen anderen ausländischen Jurisdiktionen geführten Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren beteiligt. Die Barclays Bank Gruppe ist Gegenstand von durch Barclays oder gegen Barclays eingeleiteten Verfahren, die sich von Zeit zu Zeit aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben, (u. a.) beispielsweise bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen, Wertpapieren, der Eintreibung von Schulden, Verbraucherkrediten, Betrugsfällen, Treuhandverhältnissen, Kundenvermögen, Wettbewerbs-, Datenschutz-, Geldwäsche-, Finanzkriminalität-, Arbeits-, Umwelt- und sonstigen Gesetze und nach Common Law.

In Bezug auf die Barclays Bank Gruppe laufen außerdem Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren, Auskunftersuche, Prüfungen, Gerichts- und sonstige Verfahren von Aufsichtsbehörden sowie staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen im Zusammenhang mit (u. a.) Verbraucherschutzmaßnahmen, der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, Großhandelsaktivitäten und anderen Bank- und Geschäftsaktivitäten, denen Barclays nachgeht oder nachgegangen ist. Barclays arbeitet mit den zuständigen Behörden zusammen und informiert alle maßgeblichen Stellen laufend in einem angemessenen Rahmen in Verbindung mit diesen Fragen und anderen in dieser Ziffer beschriebenen Angelegenheiten.

Derzeit geht die Barclays Bank PLC nicht davon aus, dass die endgültige Beilegung dieser anderen

Verfahren sich wesentlich nachteilig auf ihre Finanzlage auswirken wird. In Anbetracht der im Zusammenhang mit diesen Verfahren sowie den speziell in diesem Abschnitt beschriebenen Verfahren bestehenden Ungewissheiten kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten Verfahrens oder bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ertragslage oder den Kapitalfluss der Barclays Bank PLC auswirken wird, was u. a. von der Höhe des aus dem bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des anderweitig für den jeweiligen Berichtszeitraum ausgewiesenen Gewinns abhängt.

Directors

Im Folgenden werden alle Directors der Bank, jeweils mit Geschäftsanschrift in 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich, ihre jeweilige Position innerhalb der Bank sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Bank ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Bank von Bedeutung sind, aufgeführt:

Name	Funktion(en) innerhalb der Bank	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Bank
Sir Gerald Grimstone	<i>Vorsitzender der Gruppe</i>	Non-Executive Director, Barclays PLC; Chairman, Barclays Capital Securities Limited; Chairman, Standard Life Aberdeen plc; Non-Executive Board Member, Deloitte NWE LLP; Lead non-executive, Ministry of Defence; Member, Financial Services Trade and Investment Board; Chairman, the City UK China Market Advisory Group; Board Advisor, Abu Dhabi Commercial Bank PJSC; Chairman, Public Service Leadership Taskforce (eine beratende Taskforce für die UK Regierung)
James Staley	<i>Chief Executive Officer und Executive Director</i>	Group Chief Executive Officer und Executive Director der Barclays PLC; Mitglied des Institute of International Finance, Inc.
Steven Ewart	<i>Chief Finance Officer und Executive Director</i>	
Tim Throsby	<i>President</i>	Director, Human Dignity Trust; Director, Ark Oval Primary Academy Croydon; Member, Adjuvo
Peter James Bernard	<i>Non-Executive Director</i>	Non-Executive Director, Barclays US LLC; Executive Director, Root Capital Inc; Non-Executive Director, Massachusetts Audubon Society; Advisor, Windrose Advisors; Member of the Board of Trustees and the Investment Committee. Bowdoin

		College
Helen Anne Keelan	<i>Non-Executive Director</i>	Chairman, Barclays Bank Ireland PLC; Non-Executive Director, Barclays Capital Securities Limited; Non-Executive Director, PM Group Limited; Non-Executive Director, Liberty Insurance DAC; Non-Executive Director, Standard Life International DAC
Maria Del Carmen Richter	<i>Non-Executive Director</i>	Non-Executive Director, AngloGold Ashanti; Non-Executive Director, Rexel; Non-Executive Director, Bessemer Trust
Jeremy Scott	<i>Non-Executive Director</i>	Vice Chairman, Parker Fitzgerald Group
Alexander Vincent Thursby	<i>Non-Executive Director</i>	Non-Executive Director, Rank Group PLC; Executive Director, Janheg Investments PTE Limited; Executive Director, Janheg Caribbean Limited; Member of the Board of Trustees, Eden Rivers Trust; Advisory Board, Motive Labs
Helene Maria Vletter- van Dort	<i>Non-Executive Director</i>	Chairwoman of the Supervisory Board, Intertrust N.V; Non-Executive Director, NN Group N.V; Member of the Single Resolutions Board's Appeal Panel, Single Resolution Board; Member, Dutch Corporate Governance Code Monitoring Committee; Board member of the IvO Centre for Financial Law and Governance and Part-time Professor, Erasmus School of Rotterdam

Potenzielle Interessenkonflikte

Die oben aufgeführten Directors der Bank haben im Hinblick auf ihre privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keine potentiellen Interessenkonflikte in Bezug auf Verpflichtungen gegenüber der Bank.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2017 belief sich die Gesamtzahl der von der Gruppe beschäftigten Personen (Vollzeitäquivalent) auf ca. 79.900 (31. Dezember 2016: 119.300).

Abschlussprüfer

Der Abschluss und der Gruppenabschluss der Emittentin für die am 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre wurden von PricewaterhouseCoopers, Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, Vereinigtes Königreich, zugelassene Wirtschafts-

und Abschlussprüfer (*chartered accounts and registered auditors*) (für das Ausführen des bestimmten Anlagegeschäfts von der Financial Conduct Authority im Vereinigten Königreich zugelassen und deren Aufsicht unterstehend) geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. PricewaterhouseCoopers im Vereinigten Königreich ist kein Mitglied einer Berufsvereinigung, jedoch registriert bei dem Institut der Wirtschaftsprüfer in England und Wales (*Institute of Chartered Accountants in England and Wales* (ICAEW)) und der Aufsichtsbehörde für Wirtschaftsprüfer (*Public Company Accounting Oversight Board* (PCAOB)).

- IX.** In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**Wertpapierbedingungen / Terms and Conditions of the Securities**" in dem Unterabschnitt "**Abschnitt D. – Auf die Wertpapiere anwendbare Definitionen / Section D – Definitions that will apply to the securities**" in der Definition "**Geschäftstag / Business Day**" der Einschub "**(außer einem Samstag und einem Sonntag) / other than a Saturday or Sunday**" gestrichen, so dass die Definition wie folgt lautet:

"**Geschäftstag**" bezeichnet jeden der folgenden Tage: "**Business Day**" means a day which is each of:

- | | |
|---|--|
| <p>(a) ein Tag, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen abwickeln und für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) in jedem Finanzzentrum, das in den Endgültigen Bedingungen festgelegt wurde und in jedem Zusätzlichen Geschäftszentrum geöffnet sind;</p> <p>(b) ein Clearing System-Geschäftstag für das Maßgebliche Clearing System;</p> <p>(c) in Bezug auf Beträge, die in einer anderen Währung als Euro zu zahlen sind, ein Tag, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen abwickeln und für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) in dem Hauptfinanzzentrum des Landes der maßgeblichen Währung geöffnet sind; und</p> <p>(d) in Bezug auf Beträge, die in Euro zu zahlen sind, ein TARGET Geschäftstag;</p> | <p>(a) a day on which commercial banks and foreign exchange markets settle payments and are open for general business (including dealing in foreign exchange and foreign currency deposits) in any financial centre as specified in the Final Terms and any Additional Business Centre;</p> <p>(b) a Clearing System Business Day for the Relevant Clearing System;</p> <p>(c) in relation to any sum payable in a currency other than euro, a day on which commercial banks and foreign exchange markets settle payments and are open for general business (including dealing in foreign exchange and foreign currency deposits) in the principal financial centre of the country of the relevant currency; and</p> <p>(d) in relation to any sum payable in euro, a TARGET Business Day;</p> |
|---|--|

jeweils wie in den Endgültigen Bedingungen angegeben. all as specified in the Final Terms.

- X.** In den Basisprospekten wird in dem "**Muster Endgültige Bedingungen**" in dem Abschnitt "**Abschnitt D. der Bedingungen (Definitionen)**" in der Definition "[Maßgebliche Benchmark[s]:]" das Wort "erscheint" gestrichen, so dass die Definition wie folgt lautet:

[Maßgebliche Benchmark[s]:] [[*Benchmark angeben*] wird bereitgestellt von [*Name des Administrators*]][*bei Bedarf wiederholen*]. Zum

Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Dokuments
[erscheint] [[*Name des Administrators*]] [bei Bedarf
wiederholen] [nicht] im Register der Administratoren
und Referenzwerte, das von der Europäischen
Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ("**ESMA**")
gemäß Artikel 36 der Benchmark-Verordnung erstellt
und verwaltet wird]/[Entfällt]

The following non-binding English language translation of parts of the foregoing German language content of the supplement dated 28 August 2018 to the RSSP Base Prospectus A dated 24 July 2018 and Base Prospectus Prosper A dated 26 October 2017 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

*Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung von Teilen des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 28. August 2018 zum RSSP Basisprospekt A vom 24. Juli 2018 und Basisprospekt Prosper A vom 26. Oktober 2017 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.*



28 AUGUST 2018

BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WPPG**")

TO THE FOLLOWING BASE PROSPECTUSES

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 24 JULY 2018

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A** ")

RELATING TO

EQUITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP A SECURITIES**")

(FIRST SUPPLEMENT)

BASE PROSPECTUS PROSPER A DATED 26 OCTOBER 2017 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 20 NOVEMBER, 25 APRIL 2018, 14 MAY 2018 AND 6 JUNE 2018

(THE "**BASE PROSPECTUS PROSPER A**")

RELATING TO

NOTIONAL PORTFOLIO LINKED SECURITIES

(THE "**PROSPER A SECURITIES**")

(FIFTH SUPPLEMENT)

(THE RSSP A SECURITIES AND THE PROSPER A SECURITIES, THE "**SECURITIES**")

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom, and on the website of the Issuer <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses>.

TABLE OF CONTENTS

<u>Base Prospectus</u>	<u>Section of the Base Prospectus</u>	<u>Items of the Supplement</u>	<u>Page</u>
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE	I.	6
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	GENERAL INFORMATION	II.	6
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	INFORMATION RELATING TO THE ISSUER	III.	6-23

The circumstances giving rise to this Supplement are:

- The unaudited interim results announcement of Barclays Bank PLC (the "**Issuer**"), as filed with the U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) on Form 6-K on 2 August 2018 (time of circumstances giving rise to this Supplement) in respect of the six months ended 30 June 2018. In this context, the incorporation of pro-forma financial information is also obsolete, so that it is removed from the Base Prospectuses.
- The implementation of the Ring-Fencing transfer scheme. On 9 March 2018 the Group was granted approval from the Prudential Regulation Authority and the High Court of Justice of England and Wales to implement the "ring-fencing" of its day-to-day banking services of the Group using a legal process called a Ring-Fencing Transfer Scheme (the "**Scheme**") under Part VII of the Financial Services and Markets Act 2000. Barclays PLC implemented the scheme on April 1, 2018. The Issuer has decided to adapt the description of the Issuer in the Base Prospectuses in the light of this supplement.

In view of the above circumstances, the Issuer has also decided to update the Base Prospectuses. In this context, the Issuer has decided to correct any inaccuracies in the German and English summaries in sections IV and V and to adjust the information in the securities conditions with regard to the definition of the "Business Day" in section IX and the German translation of the "Relevant Benchmark" definition in the Form of Final Terms in section X. All references in this paragraph refer to the German supplement.

The following sections of the Base Prospectuses are effected by the changes:

- I. In the non-binding English language translation of Base Prospectuses, in the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" in the first list of referenced documents, the inclusion of pro-forma financial information from the Registration Document is deleted and the Issuer's semi-annual results are included, so that the list reads as follows:
- all pages of the Issuer's and Barclays PLC's Annual Reports, as filed with the US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") on Form 20-F (the "**Form 20-F**") on February 22, 2018, as shown in the table below. The joint annual report of Barclays PLC and Barclays Bank PLC can be found on pages 186 to 271 on Form 20-F (the "**Joint Annual Report 2017**") for the years ended December 31, 2016 and December 31, 2017. The annual report of the Issuer and its audited consolidated financial statements can be found on pages 386 to 410 on Form 20-F for the years ended 31 December 2016 (the "**Annual Report of the Issuer 2016**") and 31 December 2017 (the "**Annual Report of the Issuer 2017**").
 - the annual reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2016 (the "**2016 Bank Annual Report**") and 31 December 2017 (the "**2017 Bank Annual Report**"), respectively;
 - the unaudited Q1 2018 Results Announcement of Barclays PLC as filed with the SEC with Form 6-K on 26 April 2018 for the three months ending March 31, 2018 (the "**Q1 2018 Results Announcement**"); and
 - the unaudited interim results announcement of the Bank as filed with the SEC on Form 6-K on 2 August 2018 in respect of the six months ended 30 June 2018 (the "**2018 Interim Results Announcement**").
- II. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses the subsections "**Significant Changes Statement**", "**Material Adverse Change Statement**" and "**Legal Proceedings**" of the section "**GENERAL INFORMATION**" will be replaced as follows:

Significant Change Statement

There has been no significant change in the financial or trading position of the Bank Group since 30 June 2018.

Material Adverse Change Statement

There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer or the Bank Group since 31 December 2017.

Legal Proceedings

Save as disclosed under "**The Bank and the Group - Legal Proceedings**" (other than under the heading "**General**"), there are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which the Bank is aware), which may have or have had during the 12 months preceding the date of this Prospectus, a significant effect on the financial position or profitability of the Bank and/or the Group.

- III. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**" will be replaced as follows:

The Bank and the Group

In this section the information incorporated by reference relating to the Issuer and/or the Group which are provided in the 2017 Joint Annual Report, the 2016 Issuer Annual Report, the 2017 Issuer Annual Report, Q1 2018 Results Announcement and the 2018 Interim Results Announcement are incorporated.

The Bank (together with its subsidiary undertakings the "**Bank Group**") is a public limited

company registered in England and Wales under number 1026167. The liability of the members of the Bank is limited. It has its registered and head office at 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom (telephone number +44 (0)20 7116 1000). The Bank was incorporated on 7 August 1925 under the Colonial Bank Act 1925 and on 4 October 1971 was registered as a company limited by shares under the Companies Acts 1948 to 1967. Pursuant to The Barclays Bank Act 1984, on 1 January 1985, the Bank was re-registered as a public limited company and its name was changed from "Barclays Bank International Limited" to "Barclays Bank PLC". The whole of the issued ordinary share capital of the Bank is beneficially owned by Barclays PLC. Barclays PLC (together with its subsidiary undertakings the "Group") is the ultimate holding company of the Group.

The Group is a transatlantic consumer and wholesale bank offering products and services across personal, corporate and investment banking, credit cards and wealth management, with a strong presence in the Group's two home markets of the UK and the US. The Group is focused on two core divisions – Barclays UK and Barclays International.

Both Barclays UK and Barclays International have historically operated within the legal entity Barclays Bank PLC. However, on 1 April 2018 the Barclays UK division formally separated into a new legal entity- the UK Ring-fenced Bank, which is the Group's UK ring-fenced bank. the UK Ring-fenced Bank offers everyday products and services to retail and consumer customers and small to medium sized enterprises based in the UK. Products and services designed for the Group's larger corporate, wholesale and international banking clients will continue to be offered by Barclays International from within the Bank. The UK Ring-fenced Bank will operate alongside, but have the ability to take decisions independently from, one the Bank as part of the Group under Barclays PLC.

The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2017 and 31 December 2016, respectively, which are incorporated by reference:

	As at 31.12.2017 £m	As at 31.12.2016 £m
Total Assets	1,129,343	1,213,955
Loans and advances to banks	36,209	43,634
Loans and advances to customers	365,553	392,783
Deposits from banks	37,906	48,214
Customer accounts	429,426	424,703
Total equity	65,734	70,955
Non-controlling interests	1	3,522
	Year ended 31.12.2017 £m	Year ended 31.12.2016 £m
Profit before tax from continuing operations	3,166	4,383
Credit impairment charges and other provisions	(2,336)	(2,373)

The following financial information is extracted from the unaudited interim financial statements of the Issuer for the half years ended 30 June 2018 and 30 June 2017, respectively:

	As at 30.06.2018 GBP Mio. (unaudited)	As at 30.06.2017 GBP Mio. (unaudited)
Total Assets	903,345	1,136,867
Total net loans and advances ¹	226,369	427,980
Total deposits ²	279,438	488,162
Total Shareholders' equity	48,192	66,167
Non-controlling interests	2	84
	01.01.2018 - 30.06.2018 GBP Mio. (unaudited)	01.01.2017 - 30.06.2017 GBP Mio. (unaudited)
Profit before tax	725	1,731
Credit impairment charges	(156)	(656)

Acquisitions, Disposals and Recent Developments

Nothing relevant at this stage.

Legal Proceedings

The Bank and the Bank Group face legal, competition and regulatory challenges, many of which are beyond their control. The extent of the impact on the Group of these matters cannot always be predicted but may materially impact its operations, financial results, condition and prospects. Matters arising from a set of similar circumstances can give rise to either a contingent liability or a provision, or both, depending on the relevant facts and circumstances.

In connection with the implementation of structural reform in the UK, on 1 April 2018, the UK banking business was transferred from Barclays Bank PLC to Barclays Bank UK PLC, a separate subsidiary of Barclays PLC. This transfer included the rights and liabilities in respect of certain of the matters described below (which are also disclosed in the financial statements of Barclays Bank UK PLC), although Barclays Bank PLC may remain the party on record to the relevant proceedings.

¹ These figures are unaudited: The total net loans and advances equal the sum of the following unaudited balance sheet figures "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers", which are published in the 2017 Interim Results Announcement. As a result of a voluntary change in presentation following the adoption of IFRS 9, 'deposits from banks' and 'customer accounts' have been disaggregated and are now reported in 'deposits at amortised cost' and 'cash collateral and settlement balances'.

² These figures are unaudited: The total deposits equal the sum of the following unaudited balance sheet figures "deposits from banks" and "customer accounts", which are published in the 2017 Interim Results Announcement. As a result of a voluntary change in presentation following the adoption of IFRS 9, "deposits from banks" and "customer accounts" have been disaggregated and are now reported in "deposits at amortised cost" and "cash collateral and settlement balances".

Investigations into certain advisory services agreements and other matters and civil action

The UK Serious Fraud Office (SFO), the Financial Conduct Authority (FCA), the US Department of Justice (DoJ) and the US Securities and Exchange Commission (SEC) have been conducting investigations into certain advisory services agreements entered into by the Bank.

Background information

The Bank entered into two advisory services agreements with Qatar Holding LLC (Qatar Holding) in June and October 2008 (the Agreements). The FCA commenced an investigation into whether the Agreements may have related to Barclays PLC's capital raisings in June and November 2008 (the Capital Raisings). The existence of the June 2008 advisory services agreement was disclosed, but the entry into the advisory services agreement in October 2008 and the fees payable under the Agreements, which amounted to a total of £322m payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the Capital Raisings. The SFO also commenced an investigation into the Agreements and into a \$3bn loan (the Loan) provided by Barclays Bank PLC in November 2008 to the State of Qatar.

SFO Proceedings

In June 2017, the SFO charged Barclays PLC with two offences of conspiring with certain former senior officers and employees of the Group to commit fraud by false representations relating to the Agreements and one offence of unlawful financial assistance contrary to section 151 of the Companies Act 1985 in relation to the Loan. In February 2018, the SFO also charged the Bank with the same offence in respect of the Loan. In May 2018, the Crown Court dismissed all charges against Barclays PLC and the Bank. In July 2018, the SFO made an application to the High Court seeking to reinstate against Barclays PLC and the Bank all of the charges dismissed by the Crown Court.

FCA Proceedings and other investigations

In September 2013, the FCA issued warning notices (the Notices) finding that, while Barclays PLC and the Bank believed at the time of the execution of the Agreements that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from them, the primary purpose of the Agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the Capital Raisings. The Notices concluded that Barclays PLC and the Bank were in breach of certain disclosure-related listing rules and Barclays PLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of the Company's shares). In this regard, the FCA considers that Barclays PLC and the Bank acted recklessly. The financial penalty provided in the Notices against Barclays is £50m. Barclays PLC and the Bank continue to contest the findings. The FCA action has been stayed due to the SFO proceedings.

In addition, the DoJ and the SEC have been conducting investigations relating to the Agreements.

Civil Action

In January 2016, PCP Capital Partners LLP and PCP International Finance Limited (PCP) served a claim on Barclays Bank PLC seeking damages for fraudulent misrepresentation and deceit, arising from alleged statements made by the Bank to PCP in relation to the terms on which securities were to be issued to potential investors, allegedly including PCP, in the November 2008 capital raising. PCP seeks damages of up to £1,477m (plus interest from November 2017) and costs. Barclays Bank PLC is defending the claim and trial is scheduled to commence in October 2019.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period. PCP has made a claim against the Bank for

damages of up to £1,477m plus interest and costs. This amount does not necessarily reflect the Bank's potential financial exposure if a ruling were to be made against it in that matter.

Investigations into certain business relationships

In 2012, the DoJ and SEC commenced investigations in relation to whether certain relationships with third parties who assist Barclays PLC to win or retain business are compliant with the US Foreign Corrupt Practices Act. Various regulators in other jurisdictions are also being briefed on the investigations. Separately, Barclays is cooperating with the DoJ and SEC in relation to an investigation into certain of its hiring practices in Asia and elsewhere and is keeping certain regulators in other jurisdictions informed.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigations relating to whistleblowing systems and controls

In April 2017, the FCA and the Prudential Regulation Authority (PRA) commenced investigations into the Barclays Group Chief Executive Officer (CEO), as to his individual conduct and senior manager responsibilities relating to Barclays' whistleblowing programme and to his attempt in 2016 to identify the author of a letter that was treated by Barclays Bank PLC as a whistleblower, and into Barclays Bank PLC, as to its responsibilities relating to the attempt by the CEO to identify the author of the letter, as well as Barclays' systems and controls and culture relating to whistleblowing.

In May 2018, the FCA and PRA published final notices confirming their finding that the CEO's actions in relation to this matter represented a breach of Individual Conduct Rule 2 (requirement to act with due skill, care and diligence). There were no findings by the FCA or PRA that the CEO acted with a lack of integrity nor any findings that he lacked fitness and propriety to continue to perform his role as Barclays Group Chief Executive Officer.

In respect of its investigation relating to Barclays Bank PLC, the FCA and PRA concluded that they would not take enforcement action in respect of this matter. However, each of Barclays Bank PLC and Barclays Bank UK PLC have agreed to be subject to requirements to report to the FCA and PRA on certain aspects of their whistleblowing programmes.

Barclays also continues to provide information to, and cooperate with, authorities in the US with respect to this matter.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigations into LIBOR and other benchmarks

Regulators and law enforcement agencies, including certain competition authorities, from a number of governments have been conducting investigations relating to Barclays Bank PLC's involvement in manipulating certain financial benchmarks, such as LIBOR and EURIBOR.

Background information

In 2012, Barclays Bank PLC announced that it had reached settlements with the Financial Services Authority (FSA) (as predecessor to the FCA), the US Commodity Futures Trading Commission (CFTC) and the DoJ in relation to their investigations concerning certain benchmark interest rate submissions, and Barclays Bank PLC paid total penalties of £290m. The settlement with the DoJ was made by entry into a Non-Prosecution Agreement (NPA) which has now expired. Barclays PLC, Barclays Bank PLC and Barclays Capital Inc. (BCI) have reached settlements with certain other regulators and law enforcement agencies. Barclays Bank PLC continues to respond to requests for information from the SFO in relation to its

ongoing LIBOR investigation, including in respect of Barclays Bank PLC. The investigation by the prosecutor's office in Trani, Italy also remains pending.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

LIBOR and other benchmark civil actions

A number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against Barclays and other banks in relation to LIBOR and/or other benchmarks.

Background information

Following settlement of the investigations referred to above in 'Investigations into LIBOR and other Benchmarks' various individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against Barclays. While certain cases have been dismissed or settled subject to approval from the court (and in the case of class actions, the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims), other actions remain pending and their ultimate impact is unclear.

USD LIBOR Cases in MDL Court

The majority of the USD LIBOR cases, which have been filed in various US jurisdictions, have been consolidated for pre-trial purposes before a single judge in the US District Court in the Southern District of New York (SDNY) (MDL Court).

The complaints are substantially similar and allege, amongst other things, that Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions individually and collectively violated provisions of the US Sherman Antitrust Act (Antitrust Act), the US Commodity Exchange Act (CEA), the US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO), the Securities Exchange Act of 1934 and various state laws by manipulating USD LIBOR rates.

Certain of the proposed class actions have been settled. Claims purportedly brought on behalf of plaintiffs that (i) engaged in USD LIBOR-linked over-the-counter transactions; (ii) purchased USD LIBOR-linked financial instruments on an exchange; (iii) purchased USD LIBOR-linked debt securities; or (iv) issued loans linked to USD LIBOR have been settled for \$120m, \$20m, \$7.1m and \$4m respectively. The settlements remain subject to final court approval and/or the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims.

The remaining putative class actions and individual actions seek unspecified damages with the exception of five lawsuits, in which the plaintiffs are seeking a combined total in excess of \$1.25bn in actual damages against all defendants, including Barclays Bank PLC, plus punitive damages. Some of the lawsuits also seek trebling of damages under the Antitrust Act and RICO.

EURIBOR Case in the SDNY

In 2015, \$94m was paid in settlement of a EURIBOR-related class action. The court entered an order granting final approval of Barclays' settlement in May 2018.

Additional USD LIBOR Case in the SDNY

In 2015, an individual action against Barclays Bank PLC and other panel bank defendants was dismissed by the SDNY. The plaintiff alleged that the panel bank defendants conspired to increase USD LIBOR, which caused the value of bonds pledged as collateral for a loan to decrease, ultimately resulting in the sale of the bonds at a low point in the market. In March 2018, the court denied the plaintiff's motion for leave to amend its complaint and dismissed the case. The plaintiff's appeal of the court's order is pending.

Sterling LIBOR Case in SDNY

In 2015, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays Bank PLC and other Sterling LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded and over-the-counter derivatives that were linked to Sterling LIBOR. The complaint alleges, among other things, that defendants manipulated the Sterling LIBOR rate between 2005 and 2010 and, in so doing, committed CEA, Antitrust Act, and RICO violations. In early 2016, this class action was consolidated with an additional putative class action making similar allegations against Barclays Bank PLC and BCI and other Sterling LIBOR panel banks. The defendants' motion to dismiss is pending.

Japanese Yen LIBOR Cases in SDNY

In 2012, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays Bank PLC and other Japanese Yen LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded derivatives. The complaint also names members of the Japanese Bankers Association's Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen TIBOR) panel, of which Barclays Bank PLC is not a member. The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the Euroyen TIBOR and Yen LIBOR rates and breaches of the CEA and Antitrust Act between 2006 and 2010. In 2014, the court dismissed the plaintiff's antitrust claims in full, but the plaintiff's CEA claims remain pending. Discovery is ongoing.

In March 2017, a second putative class action concerning Yen LIBOR which was filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI was dismissed in full. The complaint makes similar allegations to the 2012 class action. The plaintiffs have appealed the dismissal.

SIBOR/SOR Case in the SDNY

A putative class action filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI and other defendants, alleging manipulation of the Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) and Singapore Swap Offer Rate (SOR) was dismissed by the court in relation to claims against Barclays for failure to state a claim. The plaintiffs amended their complaint in September 2017, and the defendants' motion to dismiss is pending.

Non-US Benchmarks Cases

In addition to US actions, legal proceedings have been brought or threatened against Barclays in connection with alleged manipulation of LIBOR and EURIBOR and other benchmarks in the UK, a number of other jurisdictions in Europe, Israel and Argentina. Additional proceedings in non-US jurisdictions may be brought in the future.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Foreign Exchange investigations

Various regulatory and enforcement authorities across multiple jurisdictions have been investigating a range of issues associated with Foreign Exchange sales and trading, including electronic trading.

Background information

In 2015 Barclays reached settlements with the CFTC, the DoJ, the New York State Department of Financial Services (NYDFS), the Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) and the FCA (together, the 2015 Resolving Authorities) in relation to investigations into certain sales and trading practices in the Foreign Exchange market. In connection with these settlements, Barclays paid total penalties of approximately \$2.38bn and agreed to undertake certain remedial actions.

Under the plea agreement with the DoJ, in addition to a criminal fine, Barclays PLC agreed to a term of probation of three years during which Barclays PLC, including its subsidiaries, must,

amongst other things, (i) commit no crime whatsoever in violation of the federal laws of the US, (ii) implement and continue to implement a compliance program designed to prevent and detect the conduct that gave rise to the plea agreement, (iii) report credible evidence of criminal violations of US antitrust or fraud laws to the relevant US authority, and (iv) strengthen its compliance and internal controls as required by relevant regulatory or enforcement agencies. In January 2017, the US District Court for the District of Connecticut accepted the plea agreement and in accordance with the agreement sentenced Barclays PLC to pay \$650m as a fine and \$60m for violating the NPA (which amounts are part of the \$2.38bn referred to above) and to serve three years of probation from the date of the sentencing order. Barclays also continues to provide relevant information to certain of the 2015 Resolving Authorities.

The full text of the DoJ plea agreement, the orders of the CFTC, NYDFS and Federal Reserve, and the Final Notice issued by the FCA related to the settlements referred to above are publicly available on the 2015 Resolving Authorities' respective websites.

The European Commission is one of several authorities conducting an investigation into certain trading practices in the Foreign Exchange market.

The DoJ has also conducted an investigation into conduct relating to certain trading activities in connection with certain transactions during 2011 and 2012. Barclays has been providing information to the DoJ and other relevant authorities reviewing this conduct. In February 2018, the DoJ concluded its investigation into conduct relating to certain trading activities in connection with one of these transactions. The DoJ issued a letter closing its investigation of Barclays in exchange for, among other things, Barclays' agreement to pay \$12.9m in disgorgement and restitution, which can be offset by any settlement amount paid as civil restitution. In January 2018, a Barclays employee currently under suspension was indicted in connection with this matter.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlements discussed above, and a provision of £240m recognised in Q417, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have on Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil actions in respect of Foreign Exchange

A number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against Barclays and other banks in relation to Foreign Exchange.

Background information

Following settlement of certain investigations referred to above in 'Foreign Exchange Investigations' a number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against Barclays and other banks in relation to Foreign Exchange or may do so in future. Certain of these cases have been dismissed or have been settled subject to final approval from the relevant court (and in the case of class actions, the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims).

Consolidated FX Action

In 2014, a number of civil actions filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of Foreign Exchange markets under the Antitrust Act and New York state law and naming several international banks as defendants, including Barclays Bank PLC, were combined into a single consolidated action (Consolidated FX Action). In 2015, Barclays Bank PLC and BCI settled the Consolidated FX Action and paid \$384m. Certain class members have opted out of the settlement and some of these may seek to file their own claims. The settlement is also subject to final court approval.

ERISA FX Action

Since 2015, several civil actions have been filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs purporting to allege different legal theories of injury (other than those alleged in the

Consolidated FX Action) related to alleged manipulation of Foreign Exchange rates, including claims under the US Employee Retirement Income Security Act (ERISA) statute (ERISA Claims), and naming several international banks as defendants, including Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI. The Court has dismissed the ERISA Claims.

Retail Basis Action

A putative action was filed in the Northern District of California (and subsequently transferred to the SDNY) against several international banks, including Barclays PLC and BCI, on behalf of a putative class of individuals that exchanged currencies on a retail basis at bank branches (Retail Basis Claims). The Court has ruled that the Retail Basis Claims are not covered by the settlement agreement in the Consolidated FX Action. The Court subsequently dismissed all Retail Basis Claims against Barclays and all other defendants. The plaintiffs amended their complaint and sought to expand the action to include credit card, debit card and wire transactions, which expansion the Court denied. The plaintiffs have asked the Court to reconsider the expansion decision.

State Law FX Action

In 2016, a putative class action was filed in the SDNY under federal, New York and California law on behalf of proposed classes of stockholders of Exchange Traded Funds and others who supposedly were indirect investors in FX Instruments. The defendants (including Barclays) moved to dismiss the action. The plaintiffs' counsel then amended the complaint to bring claims on behalf of a proposed class of investors under federal and various state laws who traded FX Instruments through FX dealers or brokers not alleged to have manipulated Foreign Exchange Rates. A different group of plaintiffs subsequently filed another action based on the same theories and asserted substantively similar claims. These two actions have been consolidated and a consolidated complaint was filed in June 2017. The defendants (including Barclays) have moved to dismiss the action.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described above on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil actions in respect of ISDAFIX

In 2014, a number of ISDAFIX related civil actions were filed in the SDNY on behalf of proposed class of plaintiffs, alleging that Barclays Bank PLC, a number of other banks and one broker violated the Antitrust Act and several state laws by engaging in a conspiracy to manipulate the USD ISDAFIX. In 2016, Barclays Bank PLC and BCI entered into a settlement agreement with plaintiffs to resolve the consolidated action and paid \$30m, fully resolving all ISDAFIX-related claims that were or could have been brought by the class. The court entered an order granting final approval of the settlement in June 2018.

Claimed amounts/Financial impact

The principal financial impact of the actions described on Barclays is reflected in the settlement described above.

Metals investigations

Barclays Bank PLC has provided information to the DoJ, the CFTC and other authorities in connection with investigations into metals and metals-based financial instruments.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil actions in respect of the gold and silver fix

A number of civil complaints, each on behalf of a proposed class of plaintiffs, have been consolidated and transferred to the SDNY. The complaints allege that Barclays Bank PLC and other members of The London Gold Market Fixing Ltd. manipulated the prices of gold and gold derivative contracts in violation of the CEA, the Antitrust Act, and state antitrust and consumer protection laws. Also in the US, a proposed class of plaintiffs filed a complaint against a number of banks, including Barclays Bank PLC, BCI and Barclays Capital Services Ltd., alleging manipulation of the price of silver in violation of the CEA and antitrust laws. The court has dismissed this action as against the Barclays entities.

Civil actions have also been filed in Canadian courts against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc., BCI and Barclays Capital PLC on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of gold and silver prices in violation of Canadian law.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

US residential and commercial mortgage-related activity and litigation

There have been various investigations and civil litigation relating to secondary market trading of US Residential Mortgage-Backed Securities (RMBS) and US Commercial Mortgage-Backed Securities (CMBS).

Background information

Barclays' activities within the US residential mortgage sector during the period from 2005 through 2008 included:

- sponsoring and underwriting of approximately \$39bn of private-label securitisations;
- economic underwriting exposure of approximately \$34bn for other private-label securitisations;
- sales of approximately \$0.2bn of loans to government sponsored enterprises (GSEs);
- sales of approximately \$3bn of loans to others; and
- sales of approximately \$19.4bn of loans (net of approximately \$500m of loans sold during this period and subsequently repurchased) that were originated and sold to third parties by mortgage originator affiliates of an entity that Barclays acquired in 2007 (Acquired Subsidiary)

DoJ Civil Action

In December 2016, the DoJ filed a civil complaint against Barclays Bank PLC, Barclays PLC, BCI, Barclays Group US Inc., Barclays US LLC, BCAP LLC, Securitized Asset Backed Receivables LLC and Sutton Funding LLC, as well as two former employees, in the US District Court in the Eastern District of New York (EDNY) containing a number of allegations, including mail and wire fraud, relating to mortgage-backed securities sold between 2005 and 2007. In March 2018, Barclays reached a settlement with the DoJ to resolve this complaint for a civil monetary penalty of \$2bn which was paid in H118.

RMBS Repurchase Requests

Barclays was the sole provider of various loan-level representations and warranties (R&Ws) with respect to:

- approximately \$5bn of Barclays sponsored securitisations;
- approximately \$0.2bn of sales of loans to GSEs; and
- approximately \$3bn of loans sold to others

In addition, the Acquired Subsidiary provided R&Ws on all of the \$19.4bn of loans it sold to third parties.

R&Ws on the remaining Barclays sponsored securitisations were primarily provided by third-party originators directly to the securitisation trusts with a Barclays subsidiary, such as the depositor for the securitisation, providing more limited R&Ws. There are no stated expiration provisions applicable to most R&Ws made by Barclays, the Acquired Subsidiary or these third parties.

Under certain circumstances, Barclays and/or the Acquired Subsidiary may be required to repurchase the related loans or make other payments related to such loans if the R&Ws are breached.

The unresolved repurchase requests received on or before 30 June 2018 associated with all R&Ws made by Barclays or the Acquired Subsidiary on loans sold to GSEs and others and private-label activities had an original unpaid principal balance of approximately \$2.1bn at the time of such sale.

The unresolved repurchase requests discussed above relate to civil actions that have been commenced by the trustees for certain RMBS securitisations in which the trustees allege that Barclays and/or the Acquired Subsidiary must repurchase loans that violated the operative R&Ws. Such trustees and other parties making repurchase requests have also alleged that the operative R&Ws may have been violated with respect to a greater (but unspecified) amount of loans than the amount of loans previously stated in specific repurchase requests made by such trustees. This litigation is ongoing.

In May 2018, the Acquired Subsidiary agreed to a settlement of a civil action relating to claims for indemnification for losses allegedly suffered by a loan purchaser as a result of alleged breaches of R&Ws provided by the Acquired Subsidiary in connection with loan sales to the purchaser during the period 1997 to 2007.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Alternative trading systems and high-frequency trading

The SEC, the New York State Attorney General (NYAG) and regulators in certain other jurisdictions investigated a range of issues associated with alternative trading systems (ATSs), including dark pools, and the activities of high-frequency traders.

Background information

In 2014, the NYAG filed a complaint (NYAG Complaint) against Barclays PLC and BCI in the Supreme Court of the State of New York alleging, amongst other things, that Barclays PLC and BCI engaged in fraud and deceptive practices in connection with LX, Barclays' SEC-registered ATS. In February 2016, Barclays reached separate settlement agreements with the SEC and the NYAG to resolve those agencies' claims against Barclays PLC and BCI relating to the operation of LX and paid \$35m to each.

Barclays PLC and BCI have been named in a purported class action by an institutional financial services firm under California law based on allegations similar to those in the NYAG Complaint. In October 2016, the federal court in California granted the motion of Barclays PLC and BCI to dismiss the entire complaint and the plaintiffs have appealed the court's decision. In July 2018, the court of appeals affirmed the dismissal.

Following the filing of the NYAG Complaint, Barclays PLC and BCI were also named in a putative shareholder securities class action along with certain current and former executives (Shareholder Class Action). The plaintiffs claim that holders of Barclays American Depository Receipts (ADRs) suffered damages when the ADRs declined in value as a result of the allegations in the NYAG Complaint. A motion to dismiss the complaint filed by the defendants (including Barclays PLC and BCI), was granted in part and denied in part by the

court. In February 2016, the court certified the action as a class action. In November 2017, the appellate court affirmed the class certification.

Claimed amounts/Financial impact

The class actions seek unspecified monetary damages and injunctive relief. It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Electricity market action

In 2013, the US Federal Energy Regulatory Commission (FERC) filed a civil action against Barclays Bank PLC in connection with allegations that Barclays Bank PLC manipulated the electricity markets in the Western US. The action was settled for \$105m (\$70m penalty and \$35m disgorgement) which was paid in 2017. In 2015, a civil class action complaint seeking damages of \$139.3m was filed in the US District Court for the SDNY against Barclays Bank PLC by Merced Irrigation District, a California utility company, asserting antitrust allegations in connection with purported manipulation of the electricity markets in and around California. The action has been settled in principle for \$29m (subject to final court approval and to the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims).

Claimed amounts/Financial impact

Barclays does not expect the financial impact of the actions described above to be material to Barclays' operating results, cash flows or financial position.

Treasury auction securities civil actions and related matters

Various civil actions have been filed against Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions alleging violations of antitrust and other laws relating to the markets for US Treasury securities and Supranational, Sovereign and Agency securities. Certain governmental authorities are also conducting investigations relating to trading of certain government securities in various markets.

Background information

Numerous putative class action complaints have been filed in US Federal Court against Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions that have served as primary dealers in US Treasury securities. Those actions have been consolidated and in November 2017, plaintiffs in the putative class action filed a consolidated amended complaint in the US Federal Court in New York against the defendants as well as certain corporations that operate electronic trading platforms on which US Treasury securities are traded. The complaint purports to assert claims under US federal antitrust laws and state common law based on allegations that defendants (i) conspired to manipulate the US Treasury securities market and/or (ii) conspired to prevent the creation of certain platforms by boycotting or threatening to boycott such trading platforms. The defendants have filed a motion to dismiss.

In addition, certain plaintiffs have filed a related, direct action against BCI and certain other financial institutions that have served as primary dealers in US Treasury securities. This complaint alleges that defendants conspired to fix and manipulate the US Treasury securities market in violation of US federal antitrust laws, the CEA and state common law.

In 2017, Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Services Limited, Barclays Capital Securities Limited and certain other financial institutions were named as defendants in a civil antitrust complaint that alleges that the defendants engaged in a conspiracy to fix prices and restrain competition in the market for US dollar-denominated Supranational, Sovereign and Agency bonds from 2005 through 2015. The defendants have moved to dismiss the action.

Certain governmental authorities are conducting investigations into activities relating to the trading of certain government securities in various markets and Barclays has been providing information to various authorities on an ongoing basis.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Mexican Government Bond civil action

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Bank Mexico, S.A., and Grupo Financiero Barclays Mexico, S.A., together with other financial institutions that deal in Mexican government bonds (MGB) are named as defendants in several putative class actions which were consolidated in the SDNY in June 2018. The class actions allege antitrust and state law claims arising out of an alleged conspiracy to fix the prices of MGB from 2006 through mid-2017.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

American Depositary Shares

Barclays PLC, Barclays Bank PLC and various former members of Barclays Bank PLC's Board of Directors have been named as defendants in a securities class action consolidated in the SDNY that alleges misstatements and omissions in offering documents for certain American Depositary Shares issued by Barclays Bank PLC in April 2008 with an original face amount of approximately \$2.5 billion (the April 2008 Offering). The plaintiffs assert claims under the Securities Act of 1933, alleging misstatements and omissions concerning (amongst other things) Barclays Bank PLC's portfolio of mortgage-related (including US subprime-related) securities, Barclays Bank PLC's exposure to mortgage and credit market risk, and Barclays Bank PLC's financial condition. The plaintiffs have not specifically alleged the amount of their damages. In June 2016, the SDNY certified the action as a class action. In September 2017, the SDNY granted the defendants' motion for summary judgment. The plaintiffs are appealing this decision.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described on Barclays or what effect that it might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

BDC Finance L.L.C.

BDC Finance L.L.C. (BDC) has filed a complaint against Barclays Bank PLC alleging breach of contract in connection with a portfolio of total return swaps governed by an ISDA Master Agreement (collectively, the Agreement).

Background information

In 2008, BDC filed a complaint in the NY Supreme Court alleging that Barclays Bank PLC breached the Agreement when it failed to transfer approximately \$40m of alleged excess collateral in response to BDC's 2008 demand (Demand).

BDC asserts that under the Agreement Barclays Bank PLC was not entitled to dispute the Demand before transferring the alleged excess collateral and that even if the Agreement entitled Barclays Bank PLC to dispute the Demand before making the transfer, Barclays Bank PLC failed to dispute the Demand. BDC demands damages totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. A trial on liability issues concluded in April 2017 and the court's decision is pending.

In 2011, BDC's investment advisor, BDCM Fund Adviser, L.L.C. and its parent company, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. also sued Barclays Bank PLC and BCI in Connecticut State Court for unspecified damages allegedly resulting from Barclays Bank PLC's conduct relating to the Agreement, asserting claims for violation of the Connecticut

Unfair Trade Practices Act and tortious interference with business and prospective business relations. The parties agreed to stay this case.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period. BDC has made claims against Barclays totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. This amount does not necessarily reflect Barclays' potential financial exposure if a ruling were to be made against it.

Civil actions in respect of the US Anti-Terrorism Act

Civil complaints against Barclays Bank PLC and other banks allege engagement in a conspiracy and violation of the US Anti-Terrorism Act (ATA).

Background information

An amended civil complaint (the Amended Complaint), filed in the US Federal Court in the EDNY by a group of approximately 350 plaintiffs, alleges that Barclays Bank PLC and a number of other banks engaged in a conspiracy and violated the ATA by facilitating US dollar denominated transactions for the Government of Iran and various Iranian banks, which in turn funded Hezbollah and other attacks that injured or killed the plaintiffs' family members. The plaintiffs seek to recover for pain, suffering and mental anguish pursuant to the provisions of the ATA, which allows for the tripling of any proven damages and attorneys' fees. Defendants have moved to dismiss the Amended Complaint. In November 2017, a separate civil complaint was filed in the US Federal Court in the SDNY by a group of approximately 160 plaintiffs, alleging claims under the ATA against Barclays Bank PLC and a number of other banks substantially similar to those in the Amended Complaint. The defendants have moved to dismiss this complaint.

In May 2018, a civil complaint was filed in the US Federal Court in the Middle District of Florida by a single plaintiff acting for himself alleging claims under the ATA against Barclays Bank PLC and a number of other banks. Barclays Bank PLC has not been served with this complaint. In July 2018, the court dismissed the complaint subject to the right of the plaintiff to file a revised complaint.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Interest rate swap and credit default swap US civil actions

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, and BCI, together with other financial institutions are defendants in interest rate swap and credit default swap antitrust civil actions in the SDNY.

Background information

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, and BCI, together with other financial institutions that act as market makers for interest rate swaps (IRS), Trade Web, and ICAP, are named as defendants in several antitrust class actions which were consolidated in the SDNY in 2016. The complaints allege defendants conspired to prevent the development of exchanges for IRS and demand unspecified money damages, treble damages and legal fees. Plaintiffs include certain swap execution facilities, as well as buy-side investors. The buy-side investors claim to represent a class that transacted in fixed-for-floating IRS with defendants in the US from 2008 to the present, including, for example, US retirement and pension funds, municipalities, university endowments, corporations, insurance companies and investment funds. The case is in discovery.

In June 2017, a separate suit was filed in the US District Court in the SDNY against the same financial institution defendants in the IRS cases, including Barclays PLC, Barclays Bank PLC,

and BCI, claiming that certain conduct alleged in the IRS cases also caused plaintiff to suffer harm with respect to the Credit Default Swaps market. Defendants have moved to dismiss this action. Separately, in June 2018, trueEX LLC filed an antitrust class action in the SDNY against eleven financial institutions that act as dealers in the IRS market, including Barclays Bank PLC and BCI, alleging that the defendants unlawfully conspired to block trueEX from successfully entering the market with its IRS trading platform. trueEX LLC also alleges that the defendants more generally boycotted other anonymous, all-to-all IRS trading platforms.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Portuguese Competition Authority investigation

The Portuguese Competition Authority is investigating whether competition law was infringed by the exchange of information about retail credit products amongst 15 banks in Portugal, including Barclays, over a period of 11 years with particular reference to mortgages, consumer lending and lending to small and medium enterprises. Barclays is cooperating with the investigation.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigation into suspected money laundering related to foreign exchange transactions in South African operation

Absa Bank Limited, which was a subsidiary within the Barclays Group at the relevant time, identified potentially fraudulent activity by certain of its customers using advance payments for imports in 2014 and 2015 to effect foreign exchange transfers from South Africa to beneficiary accounts located in East Asia, the UK, Europe and the US. As a result, Barclays conducted a review of relevant activity, processes, systems and controls. Barclays is continuing to provide information to relevant authorities as part of Barclays' ongoing cooperation.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigations relating to retail structured deposits and capital protected structured notes

In 2015, the FCA commenced an enforcement investigation relating to the design, manufacture and sale of structured deposits by Barclays from November 2009. The investigation is at an advanced stage. In January 2018, the FCA also commenced an enforcement investigation relating to the design, manufacture and sale of capital protected structured notes by Barclays from June 2008 to July 2014.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the investigations on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigation into collections and recoveries relating to unsecured lending

In February 2018, the FCA commenced an enforcement investigation in relation to whether or not Barclays, from July 2015, implemented effective systems and controls with respect to collections and recoveries and whether or not it paid due consideration to the interests of customers in default and arrears.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the investigation on Barclays or what effect that it might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

HM Revenue & Customs (HMRC) assessments concerning UK Value Added Tax

In March 2018 HMRC issued notices that have the effect of removing certain overseas subsidiaries that have operations in the UK from Barclays' UK VAT group, in which group supplies between members are generally free from VAT. The notices have retrospective effect and unless withdrawn by HMRC would correspond to assessments of approximately £184m, inclusive of interest, of which Barclays would expect to attribute an amount of approximately £130m to Barclays Bank UK PLC and £54m to Barclays Bank PLC. At Barclays' request, HMRC is conducting a further review, and if the assessments are not withdrawn Barclays is able to challenge the assessments by initiating proceedings with the First Tier Tribunal (Tax Chamber).

Claimed amounts/Financial impact

The total amount of the HMRC assessments is approximately £184m, inclusive of interest.

General

Barclays Bank PLC and its subsidiaries are engaged in various other legal, competition and regulatory matters in the UK and US and a number of other overseas jurisdictions. The Barclays Bank Group is subject to legal proceedings brought by and against Barclays which arise in the ordinary course of business from time to time, including (but not limited to) disputes in relation to contracts, securities, debt collection, consumer credit, fraud, trusts, client assets, competition, data protection, money laundering, financial crime, employment, environmental and other statutory and common law issues.

The Barclays Bank Group is also subject to enquiries and examinations, requests for information, audits, investigations and legal and other proceedings by regulators, governmental and other public bodies in connection with (but not limited to) consumer protection measures, compliance with legislation and regulation, wholesale trading activity and other areas of banking and business activities in which Barclays is or has been engaged. Barclays is cooperating with the relevant authorities and keeping all relevant agencies briefed as appropriate in relation to these matters and others described in this note on an ongoing basis.

At the present time, Barclays Bank PLC does not expect the ultimate resolution of any of these other matters to have a material adverse effect on its financial position. However, in light of the uncertainties involved in such matters and the matters specifically described in this note, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to Barclays Bank PLC's results, operations or cash flow for a particular period, depending on, amongst other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of profit otherwise reported for the reporting period.

Directors

The Directors of the Bank, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Bank and their principal outside activities (if any) of significance to the Bank are as follows:

Name	Function(s) within the Bank	Principal outside activities
Sir Gerald Grimstone	Chairman	Non-Executive Director, Barclays PLC; Chairman, Barclays Capital Securities Limited; Chairman, Standard Life Aberdeen plc; Non-Executive Board Member, Deloitte NWE LLP; Lead non-executive, Ministry of Defence; Member, Financial Services Trade and Investment Board; Chairman, The City UK China Market Advisory Group; Board Advisor, Abu Dhabi Commercial Bank PJSC; Chairman, Public Service Leadership Taskforce (an advisory Taskforce to the UK Government)
James Staley	Chief Executive Officer and Executive Director	Group Chief Executive Officer and Executive Director, Barclays PLC; Member, Institute of International Finance, Inc.
Steven Evert	Chief Finance Officer and Executive Director	
Tim Throsby	President	Director, Human Dignity Trust; Director, Ark Oval Primary Academy Croydon; Member, Adjuvo
Peter James Bernard	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays US LLC; Executive Director, Root Capital Inc; Non-Executive Director, Massachusetts Audubon Society; Advisor, Windrose Advisors; Member of the Board of Trustees and the Investment Committee. Bowdoin College
Helen Anne Keelan	Non-Executive Director	Chairman, Barclays Bank Ireland PLC; Non-Executive Director, Barclays Capital Securities Limited; Non-Executive Director, PM Group Limited; Non-Executive Director, Liberty Insurance DAC; Non-Executive Director, Standard Life International DAC
Maria Del Carmen Richter	Non-Executive Director	Non-Executive Director, AngloGold Ashanti; Non-Executive Director, Rexel; Non-Executive Director, Bessemer Trust
Jeremy Scott	Non-Executive Director	Vice Chairman, Parker Fitzgerald Group
Alexander Vincent Thursby	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Rank Group PLC; Executive Director, Janheg Investments PTE Limited; Executive Director, Janheg Caribbean Limited; Member of the Board of Trustees, Eden Rivers Trust; Advisory Board, Motive Labs

Name	Function(s) within the Bank	Principal outside activities
Helene Maria Vletter-van Dort	Non-Executive Director	Chairwoman of the Supervisory Board, Intertrust N.V; Non-Executive Director, NN Group N.V; Member of the Single Resolutions Board's Appeal Panel, Single Resolution Board; Member, Dutch Corporate Governance Code Monitoring Committee; Board member of the IvO Centre for Financial Law and Governance and Part-time Professor, Erasmus School of Rotterdam

Potential conflicts of interest

No potential conflicts of interest exist between any duties to the Bank of the Directors listed above and their private interests or other duties.

Employees

At 31 December 2017, the total number of persons employed by the Group (full-time equivalent) was approximately 79,900 (31 December 2016: 119,300).

Auditors

The annual consolidated and unconsolidated financial statements of the Issuer for the two years ended 31 December 2017 and 31 December 2016 have been audited without qualification by PricewaterhouseCoopers of Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, chartered accountants and registered auditors (authorised and regulated by the Financial Conduct Authority for designated investment business). PricewaterhouseCoopers in the United Kingdom is not a member of any professional body. However, PricewaterhouseCoopers are registered with the Institute of Chartered Accountants in England and Wales (ICAEW) and the Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB).